Bildungsoffensive Ruhrgebiet

Modellregion für Bildung und Frühförderung

Dokumentation

Symposion 1. März 2010

Bildungsoffensive Ruhrgebiet: Modellregion für Bildung und Frühförderung

Symposion am 1. März 2010

Plenarsaal des Regionalverbands Ruhr, Essen

www.masterplan-bildung-ruhrgebiet.de

IMPRESSUM

Gemeinsam herausgegeben von

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft NRW
Norbert Müller
Nünningstraße 11, 45141 Essen
norbert.mueller@gew-nrw.de
www.gew-nrw.de

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Arbeitsgruppe Masterplan Bildung Ruhrgebiet
Dr. Brigitte Schumann, Lothar Jacksteit, Karl Keining, Alfons Kunze, Norbert Müller, Gerd Weidemann
Essener Straße 88, 45899 Gelsenkirchen
masterplan.bildung.ruhrgebiet@googlemail.com
www.masterplan-bildung-ruhrgebiet.de

Titelfoto
aufgenommen am 01. März 2010 vor dem Regionalverband Ruhr (RVR)
Kronprinzenstraße 35, 45128 Essen

Redaktion
Karl Keining, Alfons Kunze

Gestaltung
Karl Keining, Bernhard Schütz

Verantwortlich i. S. d. P.
Norbert Müller

März / Dezember 2010

Inhalt

Vorwort 5

Tagungsort, Eröffnung, Moderation 7

Grußwort Heinz-Dieter Klink, Direktor des Regionalverbands Ruhr 8

Grußwort Guntram Schneider, Vorsitzender des DGB NRW 10

Bildungsarmut im Ruhrgebiet – kein Wille, kein Weg? (Bilanz 2000-2010)
Norbert Müller, stellv. Vorsitzender der GEW NRW 13

Daten für Taten – ausgewählte sozialstatistische Daten aus den Ruhrkommunen
Volker Kersting, ZEFIR Universität Bochum 18

Nachfragen zum Vortrag von Volker Kersting 41

Wege der Chancengleichheit – Frühförderung ruhrregional
Dr. Sybille Stöbe-Blossey, IAQ Universität Duisburg/Essen 42

Folienübersicht zum Vortrag von Dr. Sybille Stöbe-Blossey 49

Podium: Bildungsregion Ruhr 2018 – wie geht es weiter? 50

Kernaussagen Sören Link, SPD 51

Kernaussagen Oliver Wittke, CDU 53

Kernaussagen Tina Jelveh, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN 55

Kernaussagen Lars Rettstadt, FDP 56

Kernaussagen Bärbel Beuermann, DIE LINKE 57

Kernaussagen Reinhard Frind, Städtetag NRW 58

Kernaussagen Alfons Kunze, GEW AG Masterplan Bildung Ruhr 60

Kernaussagen Michael Rosellen, AWO Niederrhein 61

Kernaussagen Publikum 62

Schlußwort Karl Keining, GEW AG Masterplan Bildung Ruhr 64

Material

Einladungsflyer 67

Schaubild 69

Ruhrgebietsplattform – Mehr Bildung durch Frühförderung 72

Veröffentlichungen zum Symposium

- Modellregion für Frühförderung
  neue deutsche schule (nds), Ausgabe 3-2010 76
- Initiative will Chancengleichheit für die Hinterhöfe
  Der Westen, Ausgabe vom 07.08.2010 77
- Bildungskrise an der Ruhr
  die tageszeitung (taz), Ausgabe vom 28.04.2010 79

Redemanuskript von Tina Jelveh, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN 82

Redemanuskript von Bärbel Beuermann, DIE LINKE 88

Memorandum zur Kinderarmut
http://www.nrw.dgb.de/Aktionen/Kinderarmut/Memorandum.pdf

Forderung eines Sofortprogramms in NRW zur Bekämpfung der Kinderarmut
http://www.masterplan-bildung-ruhrgebiet.de/images/stories/pdf/sofortprogramm_kinderarmut.pdf

VORWORT

Norbert Müller
Stellv. Vorsitzender GEW NRW

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

eine präventive Ausrichtung von Kinder- bzw. Jugendhilfe und Schule ist angesichts der desolaten Situation in den sozialen Brennpunkten des Ruhrgebiets das Gebot der Stunde. Diese von Wissenschaftlern und Praktikern gleichsam gestützte Erkenntnis stand im Zentrum unseres Symposions vom 1. März 2010.

Demnach sind die Chancen auf eine positive Entwicklung von bildungsbenachteiligten Kindern umso größer, je eher passgenaue individuelle Hilfen bereitgestellt werden. Das rechnet sich zudem auch volkswirtschaftlich.

Konkretisiert wird dies mit dem Gestaltungsvorschlag von Dr. Sybille Stöbe-Blossey für eine Förderkette von null bis zehn: Bildungsbenachteiligte Familien sollen möglichst früh erreicht werden. Für die Kinder wird eine kohärente Förderkette von der Geburt an bis zum Alter von etwa zehn Jahren bereitgestellt.

Das Ruhrgebiet will zum „Modell für die systematische Weiterentwicklung von Bildung in industriell geprägten Räumen“ werden (*).

In den 53 Gemeinden, die zum Regionalverband Ruhrgebiet (RVR) gehören, gibt es bereits zahlreiche Initiativen und Projekte zur Eindämmung von Kinder- und Bildungsarmut. Das Grundproblem sind die knappen Finanzen, die vor allem in sozial schwierigen Stadtquartieren ein konsequentes Gegensteuern verhindern. In diesem Sinne verweise ich auf das Titelblatt dieser Broschüre: „Ohne Moos – Kinder chancenlooos“.

Das NRW-Bündnis zur Bekämpfung der Kinderarmut, dessen Träger AWO, DGB, GEW, Deutscher Kinderschutzbund und der Paritätische sind, fordert die erforderlichen Ressourcen ein. Ohne eine Umkehr in der Verteilungspolitik wird es nicht gehen, und die wird bekanntlich in Berlin gemacht. Wenn Landespolitiker ihre Wahlkampfversprechen einlösen wollen, geht das erkennbar nur über eine

erfolgreiche Bundesratsinitiative, die sicherstellt, dass der wachsende, unermessliche Reichtum einer schmalen Schicht abgeschöpft wird. Nur dann kann der Skandal von Bildungs- und Kinderarmut endlich der Vergangenheit angehören.

Norbert Müller
GEW NRW

(*) Positionspapier „Wandel als Chance“ (Seite 13), als Plattform beschlossen auf der Konferenz der Oberbürgermeisterinnen, Oberbürgermeister und Landräte der Metropole Ruhr am 23.10.2008.

TAGUNGSORT

Plenarsaal des Regionalverband Ruhr (RVR)

ERÖFFNUNG

Dr. Brigitte Schumann
GEW AG Masterplan Bildung Ruhrgebiet

MODERATION

Cornelia Benninghoven
Journalistin, Köln

GRUSSWORT

Heinz-Dieter Klink

Direktor des Regionalverband Ruhr

Herzlich willkommen im Haus des Regionalverbands Ruhr, im Haus des Ruhrgebietes. Ich habe mich sehr darüber gefreut, dass die Veranstalter nicht nur den Raum, sondern auch ein Grußwort angefragt haben.

Bei aller Problematik wegen der Zuständigkeiten des RVR ist es uns ein Anliegen, dass hier im Ruhrgebiet die Bildungsdiskussion intensiviert wird, dass sie bei aller Zeitknappheit aktiviert wird und mit dem nötigen politischen Druck auch dynamisch erfolgt.

Der RVR stellt dafür sein Haus zur Verfügung, freut sich, dass er zu einem Ort der aktuellen politischen bildungspolitischen Diskussion wird.

Der Regionalverband Ruhr ist keine Ruhrstadt, sondern ein Zweckverband mit mehr als einem Dutzend spezieller Aufgaben. Es gibt eine gesetzliche Grundlage für das, was er machen darf. Man kann sich manchmal darüber hinwegsetzen. Wenn es aber um Geld und Ressourcen geht, spielen die Zuständigkeiten natürlich eine Rolle, und Schule und frühkindliche Förderung gehört gerade nicht dazu.

Wir stellen uns trotzdem der Aufgabe, und ich wiederhole es noch einmal, wir freuen uns über die hier stattfindende Diskussion. Je intensiver und engagierter sie ist, um so besser:

Der RVR hat im Januar 2009 von der Verbandsversammlung den Auftrag erhalten, einen Masterplan Bildung vorzubereiten und einzuleiten. An der Stelle muss ich auch darauf hinweisen: Der Begriff Masterplan Bildung ist etwas schillernd und unter Masterplan kann man verschiedene Dinge verstehen. Es gibt Ansätze, und so habe ich es früher auch verstanden:

Masterplan ist ein Entwicklungskonzept mit nach vorne gerichteten Maßnahmen, und wenn es gut geht, auch mit einer finanziellen Ausstattung versehen. Im Rahmen des Masterplan sorgt man für Umsetzung.

Als ich 2005 Direktor des Regionalverbandes wurde, habe ich gelernt:

In unserem Aufgabenkatalog stehen Masterpläne, aber mit einer ganz anderen Beschreibung. Das sind die Masterpläne wie Raum- und Siedlungsstruktur, Luftreinhaltung, in denen es darum geht, ein gewisses planerisches Konzept zu entwickeln. Im letzten Jahr hat die Verbandsversammlung beschlossen: Macht einen Masterplan Bildung. Das dauert wie immer etwas länger, und dieser Masterplan Bildung bedeutet nicht eine mögliche Umsetzung durch den RVR, der das gar nicht kann.

Wir haben damals in einem ersten Aufgalopp mit dem IAQ ein Konzept für solch eine Bildungsstudie, Bildungsbeobachtungsstudie entwickelt. Es hat eine parallele Initiative bei der WMR gegeben, die aus dem Papier „Wandel als Chance“ zustande gekommen ist. Dort stand im Vordergrund der Aufgabenwahrnehmung, den Bereich Kohlerückzug auch mit Bildungsbereichen „anzufüttern“.

Wir sind jetzt soweit, und ich sehe es an unserer heutigen Einladung, dass es aus den Initiativen, die damals aus der Wirtschaftsförderung (Stichwort: Kohlerückzug – was mache ich an der Stelle?) ein Konsortium namhafter Institute und Universitäten im Ruhrgebiet gegeben hat. Herr Kersting, der heute hier eingeladen ist, ist auch in diesem Konsortium. Und wir hatten das IAQ-Konzept, Frau Stöbe-Blossey ist gleichfalls eingeladen.

Wir sind nun in der Phase, und ich hoffe wir verwirklichen sie in den nächsten Wochen, aus beiden Teilen einen gemeinsamen Bildungsbericht und –initiative zu machen. Nach den bisher geführten Gesprächen sehe ich dafür ganz gute Aussichten. Das wird die Diskussion stärken und das ist unser Teil, an dem wir arbeiten. In dem Sinne noch mal und abschließend:

Wir freuen uns, dass Sie hier sind, dass hier ein engagierter und kämpferischer Impetus reinkommt. Bei aller Wissenschaftlichkeit der vor uns in Auftrag gegebenen Untersuchung, sind die manchmal etwas distanzierter und vorsichtiger. Aber im Sinne einer politischen Umsetzung gehört beides zusammen.

Ich wünsche Ihnen viel Erfolg bei den Gesprächen und Beratungen.

Und dann schauen wir mal, wie wir alles zusammen auf eine gute Reihe kriegen.

GRUSSWORT

Guntram Schneider
Vorsitzender des DGB NRW

Wissenschaft steht nicht jenseits von Parteilichkeit und Kämpfertum. Sie darf Substanz nicht verlieren, sie ist immer parteilich, und diejenigen, die dies abstreiten, sind die größten Ideologen. Es kommt schließlich darauf an, für bestimmte Bevölkerungsgruppen und -schichten Politik zu machen.

Ich habe mich sehr gefreut, als mich die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft zu dieser Tagung eingeladen hat, die mit der Initiative Masterplan Bildung Ruhrgebiet gemeinsam durchgeführt wird.

Das Ruhrgebiet hat unter anderem folgende Defizite: Es gibt im Ruhrgebiet zu wenig Unternehmen. Wir sind immer noch großbetrieblich orientiert. Es gibt im Ruhrgebiet zu wenig Akademiker, und es gibt im Ruhrgebiet zu wenig Facharbeiter. Die Strukturbrüche im Revier sind noch längst nicht bewältigt, obwohl unsere verehrte Wirtschaftsministerin schon vor mehr als 2 Jahren das Ende des Strukturwandels erklärt hat. Übrigens eine Aufgabe auch an die Nationalökonomie, hier mal Aufklärung zu leisten. Dem ist nicht so, und wir müssen uns insbesondere Sorge machen um die so genannten Kohlerückzugsgebiete, die weitgehend mit dem Ruhrgebiet identisch sind. Hinzu kommt der Kreis Steinfurt wegen der fördernden Schachtanlage in Ibbenbüren.

Es ist aus meiner Sicht dringend geboten, das Ruhrgebiet zu einer Bildungsregion zu machen, um die eben genannten Defizite mittelfristig auszugleichen. Dies beginnt natürlich in der frühkindlichen Erziehung. Es beginnt damit, dass wir Kinder überhaupt schulfähig, grundschulfähig machen. Die Sprachförderung, die Spracherziehung ist in diesem Zusammenhang sicherlich von hervorragender Bedeutung. Es hat allerdings auch etwas zu tun mit der Bekämpfung von Kinderarmut. Diese ist im Ruhrgebiet weitaus stärker vertreten als im übrigen Land. Bezogen auf das gesamte Bundesland NRW wachsen 20 % der Kinder nach OECD-Kriterien in Armut auf. Im Ruhrgebiet ist es teilweise ein Vielfältiges.

Und wir wollen die Kinderarmut nicht bekämpfen nach den Prinzipien der bürgerlichen Wohltätigkeit und der Caritas. Es geht nicht darum, wie der verehrte

Ministerpräsident dies vorhat oder praktiziert, über irgendwelche Stiftungen Mittagessen zu reichen für die Kleinen, die zu kurz gekommen sind. Nein, wir wollen einen Rechtsanspruch auf ein Mittagessen, auf gesunde Ernährung für alle Kinder und Jugendlichen in diesem Lande, weil es zu ihrer Entwicklung gehört.

Wir meinen, dass dringend erforderlich der Ausbau des Ganztagsschulwesens und des Ganztagskindergartenwesens vorgenommen werden muss. Und wenn wir erleben, wie hier punktuell die Mittel durch die Landesregierung vergeben werden, wie man versucht, das Dilemma der Hauptschule zu bewältigen, indem man möglichst viele Hauptschulen zu Ganztagsschulen macht, während man bei den Gesamtschulen mit gebremstem Schaum vorgeht in diesem Zusammenhang, dann müssen wir sagen, das Geld, das im Bildungsbereich eingesetzt wird, darf nicht ideologisiert eingesetzt werden, um das gegliederte Schulsystem künstlich zu erhalten. Alle Fachleute in diesem Saal werden mit mir übereinstimmen, dass die Hauptschule angesichts der aktuellen Anmeldezahlen eine Schule als Auslaufmodell ist.

Das hat nichts damit zu tun, dass wir die jungen Menschen, die zur Hauptschule gehen, nicht fördern wollen. Aber wir müssen den Realitäten ins Auge schauen. Alle Politik beginnt mit der Zurkenntnisnahme von Realität, und gerade deshalb muss hier etwas passieren. Unser Ziel ist es, das gegliederte Schulsystem mittel- und langfristig zu überwinden zugunsten eines integrierten Schulsystems. Dies beginnt damit, dass wir eine Schulform entwickeln, die zumindest beinhaltet, dass die jungen Menschen länger gemeinsam zur Schule gehen. Wir sind hier schon zu bildungspolitischen Exoten geworden. Nur noch fünf Bundesländer halten so starr und stramm am gegliederten Schulsystem fest. Nordrhein-Westfalen gehört dazu. Es zeigt auf, wie schwer konservative Bildungsideologie zu überwinden ist.

Es gibt nicht nur Bedarf bei frühkindlicher Erziehung, Sprachförderung und Bildung um des einzelnen Menschen willen. Dies wäre schon Ansporn genug. Nein, es gibt auch sehr tiefgreifende ökonomische Gründe, um hier mehr zu investieren. Diese Region hat wirtschaftlich nur eine Chance, wenn wir zu mehr Fachkräften in einem umfassenden Sinne kommen. Dies geht nur über Bildung und Ausbildung. Es beginnt bei der Berufsausbildung, und ich verstehe nicht, warum der Innovationsminister dieses Landes, Professor Pinkwart, allen Menschen, die studieren wollen, eine Studienplatzgarantie gegeben hat. Diejenigen, die eine duale Berufsausbildung absolvieren wollen, haben aber keine Ausbildungsplatzgarantie.

Warum eigentlich nicht? Geht man hier mit unterschiedlichen Wertigkeiten vor,

obwohl man diese unterschiedlichen Wertigkeiten verbal immer wieder in Frage stellt und ablehnt? Ich glaube schon.

Wir brauchen also aus ökonomischen Gründen mehr Bildung. Dabei ist für mich besonders im Fokus die Überwindung der Tatsache, dass in diesem Lande junge Menschen die Schule ohne Abschluss verlassen. Dies ist bei Menschen mit so genanntem Migrationshintergrund erheblich stärker ausgeprägt als bei anderen. In beiden Fällen ist es ein Skandal, weil es eine Kette gibt: Kein Schulabschluss, keine Ausbildungsstelle. Keine Ausbildungsstelle, kein Zugang zum Erwerbsleben. Kein Zugang zum Erwerbsleben, Empfänger von Transferleistungen auf Zeit. Dies ist alle Male teurer, volkswirtschaftlich teurer als gezielte Investitionen in Bildung. Und wo ich bei Investitionen bin, ein vorletzter Gedanke:

Die Kommunen im RVR, und darüber hinaus, sind nicht mehr in der Lage, eine Bildungsinitiative aus eigener finanzieller Kraft auf den Weg zu bringen. Und deshalb liegt der Schlüssel für diese Initiative in Düsseldorf und in Berlin. Wir brauchen zunächst einmal eine Entschuldung unserer Kommunen und wir brauchen dann eine Finanzausstattung, die so ausreichend ist, dass sie auch ihrem Bildungsauftrag nachkommen können. Wir werden bis Mai das Thema Gemeindefinanzen in Verbindung mit dem Thema Bildung in die politische Diskussion einbringen. Hier muss gehandelt werden. Bildung ist ein originäres landespolitisches Feld. Das muss sich auch in der Finanzpolitik widerspiegeln. Daran darf keine Landesregierung vorbeigehen.

Ich denke, dass von Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit weniger denn je die Rede sein kann. Wir sind als Land Nordrhein-Westfalen zurück gefallen. Wir haben nicht Boden gut gemacht. Wir haben Boden verloren. Und es zeigt sich immer mehr, zum Beispiel bei der Nachhilfeindustrie, wie wichtig es ist, dass man Geld hat, wenn man seinen Kindern bildungsmäßig etwas Gutes will. Es ist eine Verzerrung der Chancen nicht nur bei Bildung, sondern bei den Lebenschancen. Dies ist eine ganz, ganz schlimme Entwicklung.

Kurzum, ich denke, wir werden an diesem späten Nachmittag und frühen Abend vieles hören. Das sollte aber nicht in diesem schönen Saal verbleiben. Es geht darum, in den nächsten Wochen und Monaten politisch in die Offensive zu gehen. Das ist der Schlüssel für bildungspolitischen Erfolg. Dazu rufe ich Sie alle auf, und Sie können sicher sein: Gerade in diesem Punkt sind die Gewerkschaften an Ihrer Seite.

Bildungsarmut im Ruhrgebiet
Kein Wille, kein Weg? (Bilanz 2000-2010)

Norbert Müller
Stellv. Vorsitzender GEW NRW

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

vor gut einem halben Jahr, im August 2009, haben Arbeiterwohlfahrt, paritätischer Wohlfahrtsverband und der Kinderschutzbund gemeinsam mit dem DGB und der GEW ein Memorandum mit Forderungen und Vorschlägen zur Bekämpfung von Kinderarmut in NRW herausgegeben. Es hatte hohe mediale und öffentliche Aufmerksamkeit und fand Zustimmung auch in zahlreichen anderen Organisationen.

Daran wollen wir heute anknüpfen und das Memorandum quasi runterbrechen auf eine Region, in der die Situation von Kindern und Jugendlichen besonders dramatisch ist. Die Sozialstatistiken, die Volker Kersting vom Zentrum für angewandte Ruhrgebietsforschung (Zefir) von der Universität Bochum gleich vorstellen wird, weisen dann auch aus, dass die landesweite durchschnittliche Armutsquote von Kindern von 25 % in den Problemlagen der Kommunen erheblich überschritten wird.

Unsere Forderungen aus dem Memorandum nach einem abgestimmten Bildungs-, Sozialstaats- und Finanzierungskonzept gelten hier in besonderem Maße. Und wenn wir heute über die Auflösung von Bildungsarmut im Ruhrgebiet sprechen, dann stehen neben der Förderung im Bildungssystem von Anfang an (Bildung von 0 - 10) gleichberechtigt insbesondere auch die bedarfsgerechte materielle Versorgung, die verbindliche und durchgängige Gesundheitsförderung und die notwendigen präventiven Angebote in der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe auf der Agenda.

Denn: Kinderarmut bedeutet Bildungsarmut, materielle Armut und soziale Armut von Kindern und Familien gleichermaßen. Und mit Blick auf die materielle Armut möchte ich deutlich sagen:

Es ist beschämend, wenn aus bestimmter politischer Richtung im Zusammenhang mit der Diskussion um die gemäß jüngstem Urteil des Bundesverfassungsgerichts

erforderliche Erhöhung der Hartz IV-Regelsätze für Kinder und jugendliche Hartz IV-Empfänger als Schmarotzer in der Manier spätrömischer Dekadenz – was das in diesem Zusammenhang immer auch bedeuten mag – an den Pranger gestellt werden.

Ich halte es, ehrlich gesagt, allerdings auch für befremdlich, wenn Vertreter von Parteien, die seinerzeit Hartz IV beschlossen haben, sich nun nach fünf Jahren als die Gerechten aufführen und es nicht für nötig halten, auch nur ein Wort der Selbstkritik verlauten zu lassen.

So was gehört offensichtlich zum politischen Geschäft, erst recht vor bedeutsamen Wahlen.

Im Zentrum der Veranstaltung soll heute unsere Forderung nach einer Bildungsoffensive für das Ruhrgebiet mit dem notwendigen Schwerpunkt der frühen Förderung stehen: Nach unseren Vorschlägen soll das Ruhrgebiet zu einer Modellregion für Bildung und Frühförderung werden.

Es gibt zahlreiche Stimmen aus verschiedenen Disziplinen der Wissenschaft, die bestätigen, dass frühe Bildung, im Elementar- und Primarbereich also, Garant für mehr Chancengleichheit ist. Für unsere Erziehungswissenschaftler ist es schon lange unumstritten, dass frühes, kindgemäßes Lernen in Familie und Kindertageseinrichtung das Non-plus-ultra ist. Und dass für Kinder, die aus anregungsarmen Milieus kommen, beim frühen institutionellen Lernen große Chancen bestehen, Entwicklungsstörungen zu kompensieren bzw. zu vermeiden, gehört wohl schon zum Gemeingut.

Inzwischen liegen ja auch längst Untersuchungen von Ökonomen vor, die den enormen volkswirtschaftlichen Nutzen der „Bildung von Anfang an“ nachweisen. So hat der Nobelpreisträger Professor James Heckmann aus Chicago berechnet, dass von allen Investitionen frühe Bildung die höchste Rendite erbringt. Und Professor Ludger Wößmann hat eine volkswirtschaftliche Schadensbilanz unzureichender Bildung vorgelegt. Er hält Frühförderung für eine Zukunftsinvestition im Rahmen einer präventiven Arbeitsmarkt- und Sozialstaatspolitik.

Frau Dr. Sybille Stöbe-Blossey vom „Institut Arbeit und Qualifikation“ (IAQ) der Universität Duisburg/Essen wird uns ja gleich in ihrem Beitrag aufzeigen, wie Frühförderung ruhrregional nach dem Prinzip einer Förderkette von 0 - 10 gestaltet

werden könnte. Wir dürfen gespannt sein.

Angesichts der demographischen Entwicklung und mit Blick auf den jetzt schon vorhandenen Facharbeitermangel ist es gerade für eine Region wie das Ruhrgebiet überlebenswichtig, die Weichen entsprechend anders zu stellen.

Doch besser gesagt als getan. Wir wissen doch, dass die ökonomische Situation in den Kommunen des Ruhrgebiets geprägt ist von hoher Verschuldung, von Haushaltskonsolidierungskonzepten und Nothaushalten, die keine eigenen Handlungsspielräume mehr lassen. Und die Oberbürgermeister und Bürgermeister aus 19 Kommunen des Ruhrgebiets und der bergischen Regionen haben sich ja inzwischen zu einem Aktionsbündnis zusammengeschlossen. Ihre Intervention beim Finanzministerium war bisher erfolglos.

Die Bildungsinvestitionen des Landes NRW selbst lassen bekanntlich seit langem erheblich zu wünschen übrig. Die Kommunen beklagen mit Recht, dass Aufgaben, die ihnen übertragen werden, nicht durchfinanziert und ihnen somit zusätzliche finanzielle Lasten bescheren.

Zwei aktuelle Beispiele:

- Aktuelles Beispiel im Bereich der Kindertageseinrichtungen ist hier der Trend zum Abbau von ganztägigen Betreuungsangeboten zugunsten von Teilzeitplätzen mit 25- bzw. 35-stündigen wöchentlichen Betreuungszeiten. Auch ist ja bekannt, dass die Kommunen sich überfordert fühlen, dass erforderliche und per Gesetz bis 2013 verbindliche Angebot für alle Anmeldungen für Kinder unter 3 Jahren bereitzustellen.

- Als aktuelles Beispiel im Grundschulbereich möchte ich hier die Kürzung der sogenannten „Sozialindexstellen“ für die Grundschulen um 20 % nennen. Diese Lehrerstellen werden nach einer indikatorengestützten Berechnung Grundschulen in schwierigen sozialen Problemlagen zugewiesen. Sie dienen dem Nachteilsausgleich und sollten für individuelle Förderung zur Verfügung stehen. Da sie vorrangig immer auch für Vertretungsunterricht an diesen Schulen genutzt werden mussten, konnte der ursprüngliche Zweck nur in Ansätzen erfüllt werden. Nun werden sie zudem empfindlich gekürzt, wodurch die Rahmenbedingungen gerade an den Schulen in den sozialen Brennpunkten des Ruhrgebiets weiter eingeengt werden.

Kinderarmut, Bildungsarmut: Bekenntnisse sie zu bekämpfen gibt es viele. Ich glaube, dass vieles von dem, was passiert, bloße Symbolpolitik ist. Ich denke da z. B. an den Runden Tisch der Landesregierung „Hilfe für Kinder in Not“ Dort geht es nach meiner Erfahrung ausschließlich um Vernetzung von Institutionen. Und wenn ich bedenke, dass Mitte des Monats in NRW der Auftakt im Rahmen des „Europäischen Jahres zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ stattfinden wird mit dem Ziel, bundesweit 40 Leuchttürme zu gestalten, die Mut gegen Armut und Ausgrenzung machen sollen, dann entspricht das absolut nicht den realen Erfordernissen, derer es gerade im Ruhrgebiet bedarf.

Ich sage deutlich, wir brauchen hier im Ruhrgebiet keine Leuchttürme, sondern es bedarf eines abgestimmten Bildungs-, Sozialstaats- und Finanzkonzeptes! Um es noch mal in Erinnerung zu bringen: Das bedeutet insbesondere:

- Die bedarfsgerechte materielle Versorgung armer Kinder und Jugendlicher,
- die konsequente Förderung im Bildungssystem von Anfang an,
- eine verbindliche und durchgängige Gesundheitsförderung sowie
- präventive Angebote in der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Dabei geht um zwei strategische Ziele:

1. Um die Sicherstellung von Chancengleichheit und damit um die Umsetzung des Menschenrechts auf Bildung – ein hohes Gut in einer demokratischen Gesellschaft.
2. Um die ökonomische Zukunft dieser Region. Denn bei drastisch gesunkenen Geburtenzahlen und einer steigenden Überalterung der Gesellschaft können wir es uns auch nach Auffassung der Arbeitgeberverbände nicht leisten, „auch nur ein Kind, ein Talent zu verlieren“. Dem beginnenden Facharbeiter- und Akademikermangel ist nur zu begegnen, wenn man gerade auch in den problematischen Sozialräumen unserer Kommunen den jungen Menschen konsequente und früh einsetzende Bildung ermöglicht.

Dem Parlament des Regionalverbands Ruhrgebiet (RVR), in dessen Parlamentsaal wir heute zu Gast sein dürfen, liegt seit Mitte letzten Jahres ein Vorschlag für einen

Masterplan Bildung Ruhrgebiet vor. Bleibt zu hoffen, dass dieser Masterplan nach nun erfolgter Neukonstituierung nicht noch ein weiteres Mal auf die lange Bank geschoben wird. Bei allem ist allerdings zu bedenken, dass sich diese Region, genauso wenig wie jede einzelne Kommune, auch in Sachen Bildung nicht am „eigenen Schopf aus dem Sumpf“ ziehen kann.

Wir befinden uns in der heißen Phase eines Landtagswahlkampfs, dessen Ergebnis von nationaler Bedeutung ist. Im Herbst 2008 haben die Ministerpräsidenten gemeinsam mit der Bundeskanzlerin anlässlich des Dresdener Bildungsgipfels die „Bildungsrepublik Deutschland“ ausgerufen. Für Bildung und Hochschulen sollen demnach 10 % des Bruttoinlandsprodukts ausgegeben werden. Das bedeutet für NRW rund 8,8 Milliarden €, die jährlich mehr für Bildung im Land und in den Kommunen verausgabt werden könnten. Hieraus ließe sich auch die Bildungsoffensive Ruhrgebiet bequem finanzieren.

Es ist ein offenes Geheimnis, dass inzwischen heftig klein gerechnet wird. Das muss verhindert werden! Von daher bin ich gespannt darauf, was uns die Parteienvertreter in unserer abschließenden Podiumsdiskussion hierzu zu sagen haben.

Über die Verteilungspolitik wird ja bekanntlich auf Bundesebene entschieden. Aber bekanntlich ist NRW inzwischen im Bundesrat „Zünglein an der Waage“ und hat letztens dem sogenannten Wachstumsbeschleunigung zugestimmt, was Land und Kommunen in NRW rund 1 Milliarde € an Steuereinnahmen gekostet hat.

Da Deutschland für bestimmte Bevölkerungsschichten ein Steuerparadies ist, gibt es hinreichende Spielräume für zusätzliche Steuereinnahmen, wie z. B. die Wiedereinführung der Vermögenssteuer oder die Einführung einer Finanztransaktionssteuer.

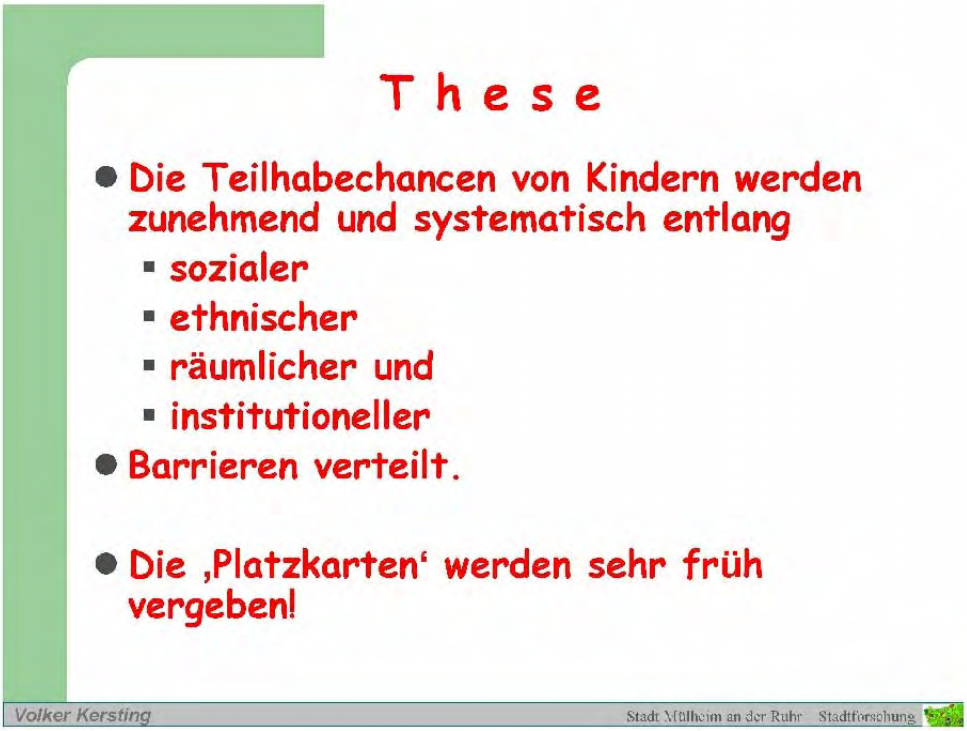
Ich kann abschließend nur sagen: Wenn Hunderte von Milliarden zur Verfügung gestellt werden, um marode Großbanken zu retten, darf es an Geld für eine Bildungsoffensive Ruhrgebiet nicht scheitern.

„Früh wird die Zukunft verspielt“
Soziale und räumliche Disparitäten in der Bildungslandschaft des Ruhrgebiets

Volker Kersting
Stadt Mülheim an der Ruhr
Stadtforschung und Statistik

Folie 1

Folie 2



Folie 3

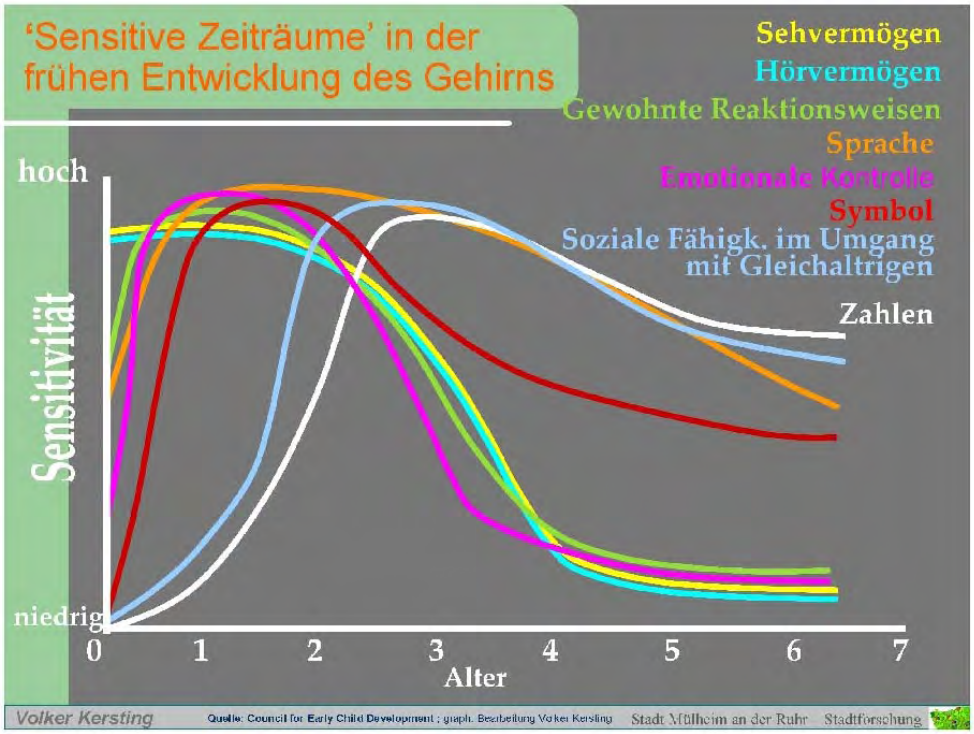
Folie 4

Erläuterungen zu den Folien 1 - 4

Ich beginne mit einer Bauernweisheit. Bauern und Stadtforscher haben eine Erkenntnis gemein: „Vom Wiegen wird die Sau nicht fetter". Übersetzt bedeutet dies: Die im Weiteren vorgestellten Zahlen und Daten verändern erst einmal gar nichts. Richtig ist aber auch, dass Politik und Verwaltung mitunter im Blindflug operieren. Ein bisschen Faktenwissen kann also an der Stelle nicht schaden.

Während wir uns im Schulsystem „zu Tode testen", gibt es für den Bereich der vorschulischen Bildung kaum repräsentative Informationen sondern eher eine Art „anschwellender Befürchtung" oder „gefühlter Empirie". Ich möchte heute dazu beitragen, das Bild aufzuhellen und ein paar Schlaglichter aus dem Ruhrgebiet dazu liefern.

Die Folien 2 - 4 enthalten etwas provozierende Ausgangsthesen.



Folie 5

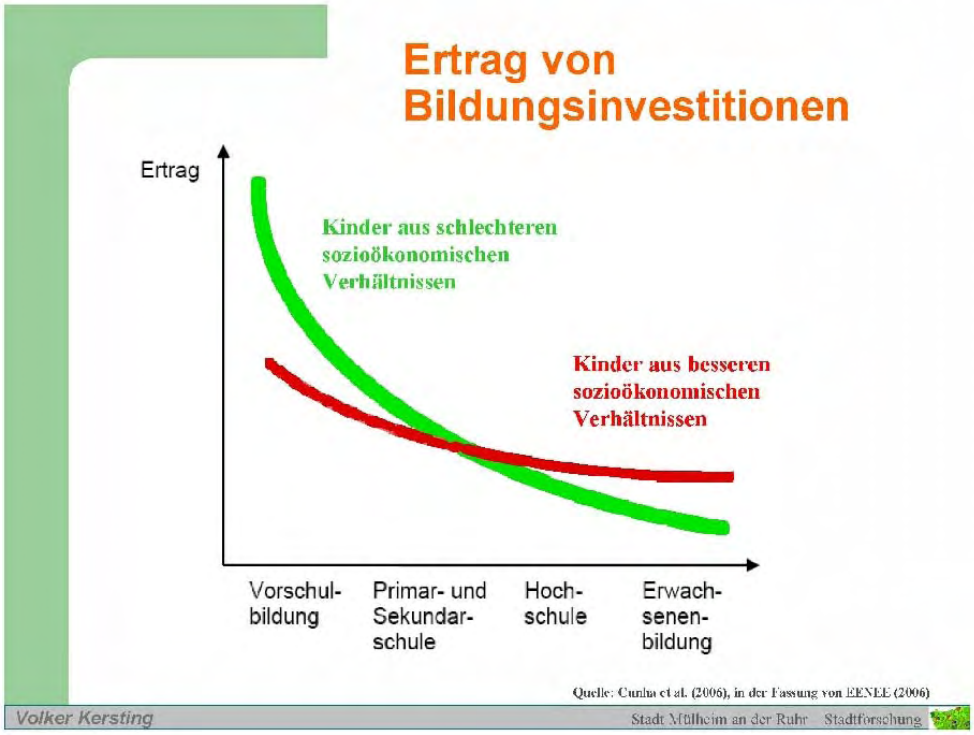
Erläuterungen zur Folie 5

Fragen wir uns: Warum sind die ersten Jahre so wichtig?

Der Volksmund weiß: Was Hänschen oder Hassan nicht lernt, lernt Hans oder Hassan nimmermehr.

Wenn man die neuere Lernforschung heranzieht, ist der Satz nicht mehr ganz up to date. Besser könnte man sagen: Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nur noch schwer. Die moderne Lernforschung weist in diesem Zusammenhang auf sogenannte sensitive Zeiträume hin, die für die kindliche Entwicklung besonders bedeutsam sind.

Die Entwicklung von Fähigkeiten in den frühen Jahren ist geprägt von Entwicklungsphasen, die sich beziehen auf: Sehvermögen, Hörvermögen, soziale Fähigkeiten, Zahlenverständnis usw. In den ersten Jahren werden hierfür ganz wesentliche Grundlagen gelegt.



Folie 6

Erläuterungen zur Folie 6

Der Erkenntnis über sensitive Phasen folgt eine ökonomische Erkenntnis des Wirtschaftsnobelpreisträgers James Heckman. Die Folie zeigt: Der Ertrag von Investitionen in Bildung ist in ersten Jahren besonders hoch. Vor allem – das zeigen die unterschiedlichen Linien – für Kinder aus schlechteren sozioökonomischen Verhältnissen. Es ist daher am effizientesten, in die frühe Bildung bei benachteiligten Kindern zu investieren. Die Abbildung macht deutlich: Effizienz und Gerechtigkeit müssen kein Widerspruch sein. Beides passt gut zusammen, besonders wenn es um die ersten Jahre geht.

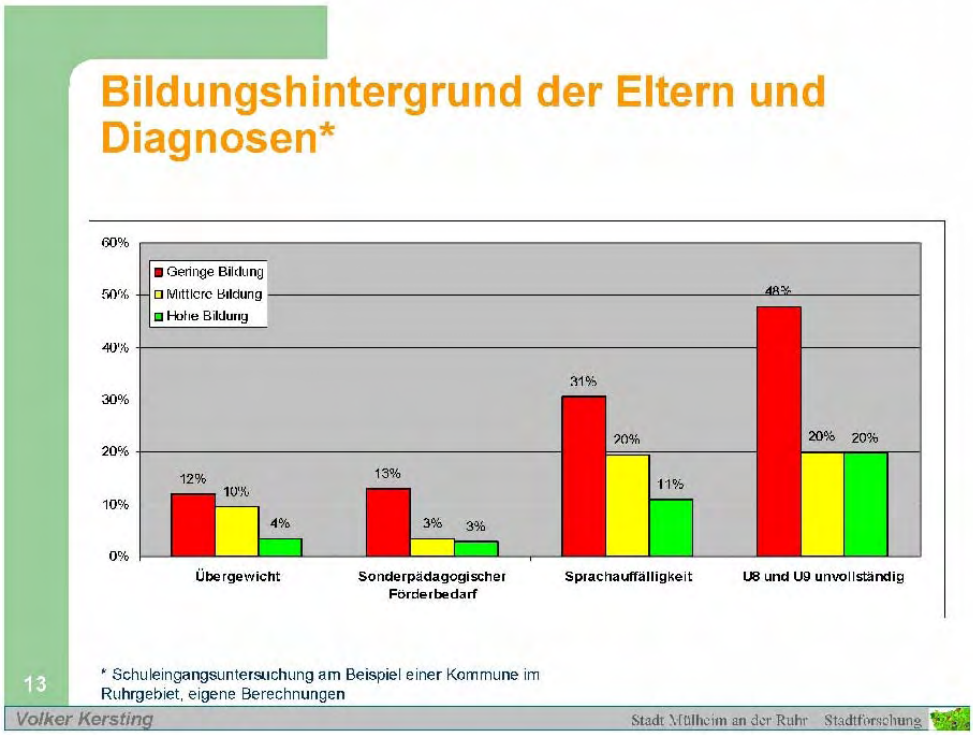
Wenn wir uns dies bewusst machen, muss uns der Zustand der so genannten „nachwachsenden Generation“ – Politiker sprechen auch mitunter vom „Humanvermögen“ – insbesondere in unserer Region erschrecken und herausfordern.

Folie 7

Erläuterungen zur Folie 7

Eine hervorragende Quelle für die Zustandsbeschreibung der frühen Jahre ist die so genannte Schuleingangsuntersuchung, die für jedes Kind vor der Einschulung durchgeführt wird. Die sehr differenzierte Untersuchung macht Aussagen zum Gesundheitszustand, zur kognitiven und motorischen Entwicklung und vielem andern mehr. Die Daten liegen den örtlichen Gesundheitsämtern vor. Meiner Meinung nach ist diese Quelle notorisch untergenutzt. Sie eignet sich hervorragend für Analysen zur sozialen Teilhabe und für Bildungsplanung. Ich frage mich oft, warum damit nicht mehr gemacht wird.

Diese Schuleingangsuntersuchung wird jährlich bei den künftigen Erstklässlern durchgeführt. Sie beschreibt damit nicht nur die künftigen Erstklässler, sondern auch die Kinder, die in 4 Jahren in der Sekundarstufe I oder in 10 Jahren in der Sekundarstufe II sein werden. Wenn sie denn dort ankommen.



Folie 8

Erläuterungen zur Folie 8

Unsere Auswertungen, die wir unter anderem mit Mülheimer Daten gemacht haben, zeigen einen klaren Zusammenhang zwischen dem Sozialstatus, dem Bildungsgrad der Eltern und dem Entwicklungszustand der Kinder. Dazu einige Beispiele: Bei geringer Bildung der Eltern kommt Übergewicht sehr viel häufiger vor als in Elternhäusern mit hoher Bildung.

Noch deutlicher ist es beim sonderpädagogischen Förderbedarf. Hier besteht ein vielfaches Risiko bei Elternhäusern mit geringer Bildung. Es geht weiter bei der Sprachauffälligkeit. Verfügen die Eltern nur über eine geringe formale Bildung (höchstens Hauptschulabschluss), so stellen wir bei fast einem Drittel Sprachauffälligkeiten fest.

Überdeutlich zeigt sich der Einfluss der Bildung im Elternhaus bei der U 8 und U 9, den Vorsorgeuntersuchungen, die für Kinder im Alter von 4 bzw. 5 Jahren durchgeführt werden. 48 % der Kinder aus unteren Bildungsschichten wurden nicht

bei diesen Untersuchungen vorgestellt. Das heißt, dass Prävention nicht hinreichend stattfinden kann. Probleme im Bereich des Sehens, des Hörens oder des Verhaltens werden dann u. U. zu spät oder gar nicht entdeckt. Sie können später womöglich nur mühsam korrigiert werden.

Ich frage, wie kann es sein, dass die Hälfte der Kinder in dieser Gruppe die Untersuchung nicht absolviert hat? Diese Mülheimer Zahlen sind keine Ausnahme. In anderen Städten sieht es teilweise noch viel bedenklicher aus.

Ethnische Gruppen und ausgewählte Indikatoren zur Kindergesundheit*

Ethnische Gruppen	U8 und U9 komplett	Auffälligkeit in der Sprachkompetenz	Übergewicht
Deutsch	81 %	24 %	10 %
Außereuropäisch	52 %	55 %	14 %
Türkisch	60 %	59 %	19 %
Europäisch	69 %	35 %	17 %
Misch-Ehe	75 %	33 %	15 %
Im Ausland geboren	54 %	38 %	10 %

* Schuleingangsuntersuchung am Beispiel einer Kommune im Ruhrgebiet, eigene Berechnungen

Projekt „Kleinräumige Gesundheitsberichterstattung (Strohmeier&Kersting/logd/MAGS)

Volker Kersting

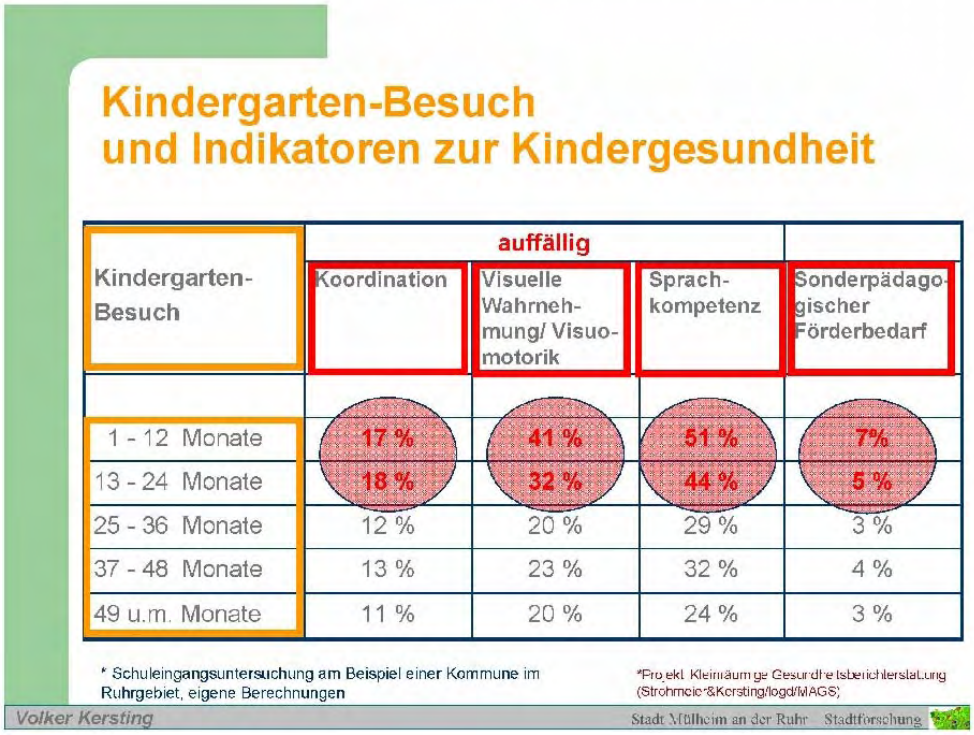
Stadt Mülheim an der Ruhr – Stadtforschung

Folie 9

Erläuterungen zur Folie 9

Mit der Schuleingangsuntersuchung kann man auch den Förder- und Aufklärungsbedarf nach Nationalitäten erkennen:

Die Teilnahme an den Vorsorgeuntersuchungen ist bei deutschen Kindern zu 81 % vorhanden, aber bei außereuropäischen bzw. türkischen Kindern nur zu 52 % bzw. 60 %. Ähnlich ist es mit der Sprachauffälligkeit. Ein Viertel der deutschen Kinder, aber fast 60 % der türkischen Kinder, haben massive Probleme. Übergewicht gibt es bei türkischen Kindern doppelt so häufig wie bei deutschen Kindern, mit der ganzen gesundheitlichen Hypothek, die sie sich im bildlichen Sinne des Wortes aufladen.



Kindergarten-Besuch und Indikatoren zur Kindergesundheit

Kindergarten-Besuch	auffällig: Koordination	Visuelle Wahrnehmung/ Visuomotorik	Sprachkompetenz	Sonderpädagogischer Förderbedarf
1 - 12 Monate	17 %	41 %	51 %	7%
13 - 24 Monate	18 %	32 %	44 %	5 %
25 - 36 Monate	12 %	20 %	29 %	3 %
37 - 48 Monate	13 %	23 %	32 %	4 %
49 u.m. Monate	11 %	20 %	24 %	3 %

* Schuleingangsuntersuchung am Beispiel einer Kommune im Ruhrgebiet, eigene Berechnungen

*Projekt Kleinräumige Gesundheitsberichterstattung (Strohmeier&Kersting/logd/MAGS)

Volker Kersting

Stadt Mülheim an der Ruhr – Stadtforschung

Folie 10

Erläuterungen zur Folie 10

Ein erschreckendes, aber aus anderer Perspektive zugleich auch ermutigendes Bild ergibt der Zusammenhang zwischen dem Kindergartenbesuch und verschiedenen Fähigkeiten, die wir untersucht haben.

Die Zahlen zeigen überdeutlich: Je länger der Kindergarten besucht wird, desto besser die Leistungsfähigkeit. Dies gilt leider auch umgekehrt. Bei kurzer Besuchsdauer haben wir ein Höchstmaß an Problemen bei der Koordination, der visuellen Wahrnehmung und Visuomotorik (Auge-Hand-Koordination als ganz wichtige Voraussetzung um z. B. schreiben zu können). Hier sind die Auffälligkeiten doppelt so stark wie bei langem Kindergartenbesuch. Ähnlich verhält es sich bei der Sprachkompetenz. Beim sonderpädagogischen Förderbedarf liegen gleichfalls doppelt so hohe Quoten vor.

Die Kinder, die gar keinen Kindergarten besuchen, sind noch nicht einmal erfasst. Das sind wahrscheinlich die problematischsten Fälle.

Entwicklungen im Zeitverlauf in Essen

Ausgewählte Befunde	2000	2007
Herabgesetzte Sehschärfe	22,0%	27,5%
Hörstörungen	5,8%	9,0%
Verhaltensauffälligkeiten	9,6%	12,2%
Sprachstörungen	13,4%	25,4%

Quelle: Stadt Essen, Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen (2009)
Soziale Einflüsse auf die Gesundheit von Schulanfängerinnen und Schulanfängern in Essen. Analyse der Schuleingangsuntersuchungen 2000 bis 2007,
Beiträge zur Stadtforschung 52, Essen

16

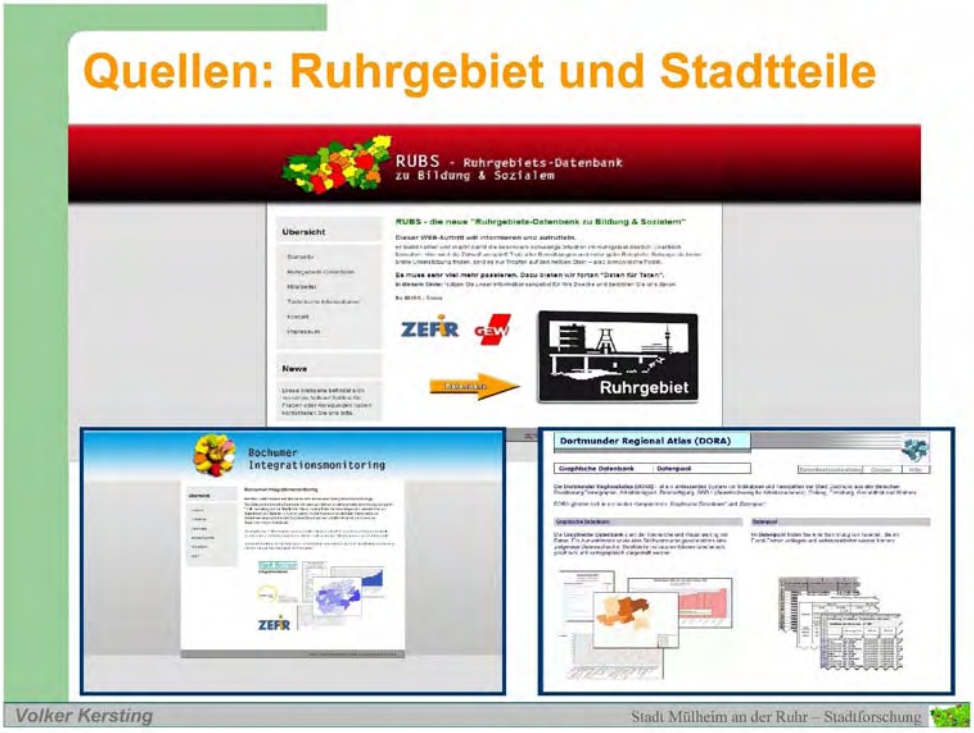
Volker Kersting — Stadt Mülheim an der Ruhr – Stadtforschung

Folie 11

Erläuterungen zur Folie 11

Das Gesundheitsamt der Stadt Essen verdient ein besonderes Lob. Hier hat man sich die Veränderung der Fähigkeiten im Längsschnitt von 2000 bis 2007 angeguckt. Das Ergebnis ist Besorgnis erregend: Die Sehschärfe sinkt, Hörstörungen nehmen deutlich zu, Verhaltensauffälligkeiten steigen um ein Drittel. Insbesondere bei den Sprachstörungen gibt es in dem Zeitraum eine Verdoppelung.

Das sind keine wohlfeilen dahin gesprochenen Thesen à la Sarrazin, sondern Diagnosen und Ergebnisse des kinder- und jugendmedizinischen Dienstes, folglich spezialisierter Ärztinnen und Ärzte.



Folie 12

Erläuterungen zur Folie 12

Bisher habe ich auf der individuellen, also der Personenebene Zusammenhänge aufgezeigt. Ich möchte im Folgenden etwas zu räumlichen Unterschieden sagen.

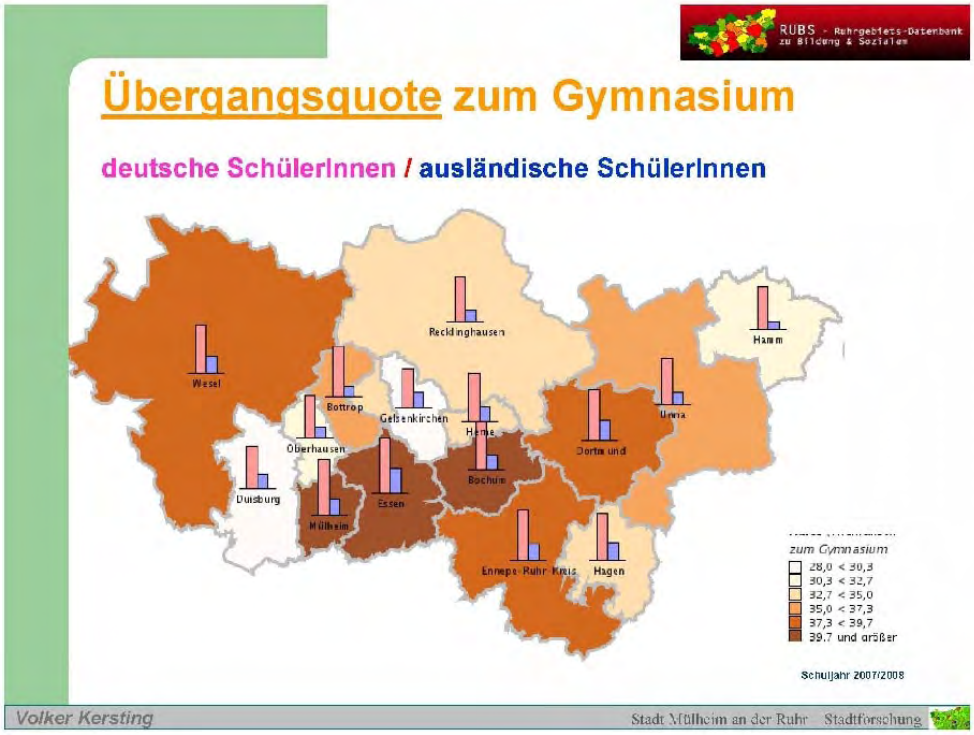
Zuvor will ich aber einen „Werbeblock“ in eigener Sache einlegen. Ich beginne mit einem kleinen Dank: Die GEW hat es finanziell ermöglicht, eine Datenbank zu „Bildung und Sozialem im Ruhrgebiet“ aufzubauen. Sie trägt den Namen „RUBS“, sie ist sehr einfach zu nutzen und für jeden im Internet erreichbar unter www.statistikinformationssystem.de/rubs. Wir haben dafür gemeinsam Daten systematisch aufbereitet, die Aussagen zum Zustand unserer Kinder, zu Bildung und Armut im Ruhrgebiet bieten.

Wichtig ist auch die sehr kleinräumige Perspektive nach dem Motto: „Sage mir wo du wohnst und ich sage dir, welche Chancen du hast“. Als ZEFIR haben wir für Bochum unter www.statistikinformationssystem.de/bimo ein Integrationsmonitoring entwickelt, das auf Stadtteilebene die Probleme von Bildung und Armut aufzeigt. Ähnliche

Systeme finden wir auch in Dortmund und in Kürze in Mülheim.

Ich glaube, dies sind sehr gute Medien sowohl für Lernen, Lehren und Forschen. Sie sind gleichermaßen hilfreich für Politik und Verwaltung vor Ort.

Schauen wir mit dieser Datenbank „RUBS“ in die Bildungslandschaft des Ruhrgebiets.

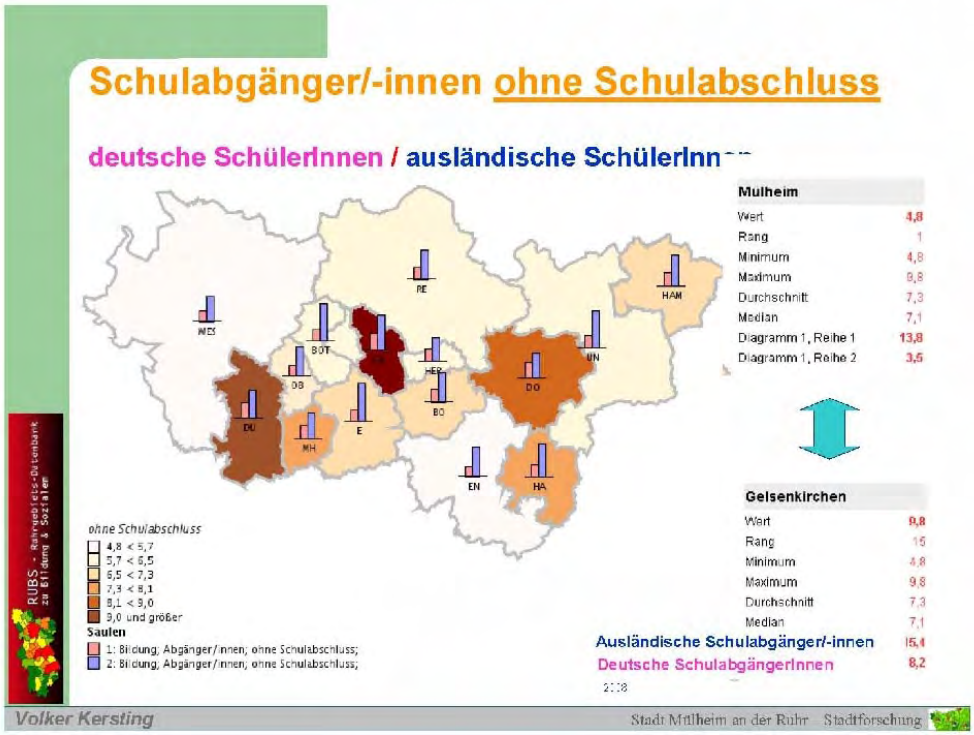


Folie 13

Erläuterungen zur Folie 13

Die Karte zeigt Übergangsquoten zum Gymnasium, dem höchsten Grad der Bildung, der schulisch erreichbar ist. Sie deutet auf eine Spaltung entlang räumlicher und sozialer Grenzen hin. Die Übergangsquoten variieren zwischen Mülheim mit 42 % und Gelsenkirchen mit 28 %.

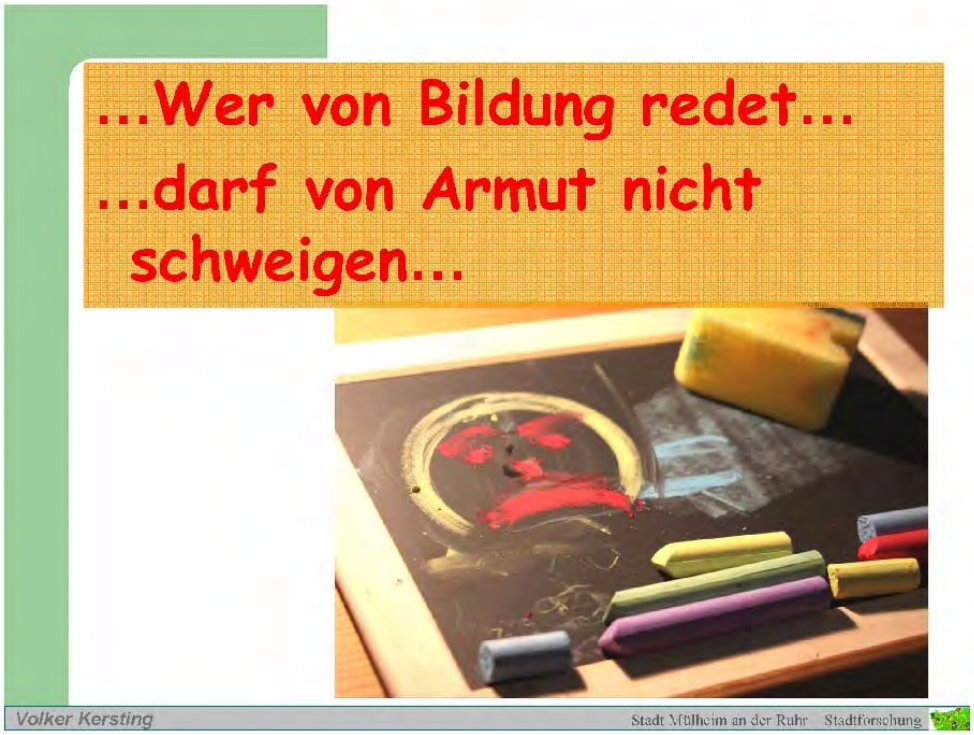
Bei den Migranten bzw. den ausländischen Schülerinnen und Schülern ist der Befund noch drastischer, zum einen gehen sehr viel weniger zum Gymnasium, und das Gefälle zwischen den Städten ist ganz erheblich: In Essen sind es 20 % der ausländischen Schüler, die nach der Grundschule das Gymnasium besuchen, in Hamm unter 7 %. Wir erkennen also eine riesige Spanne.



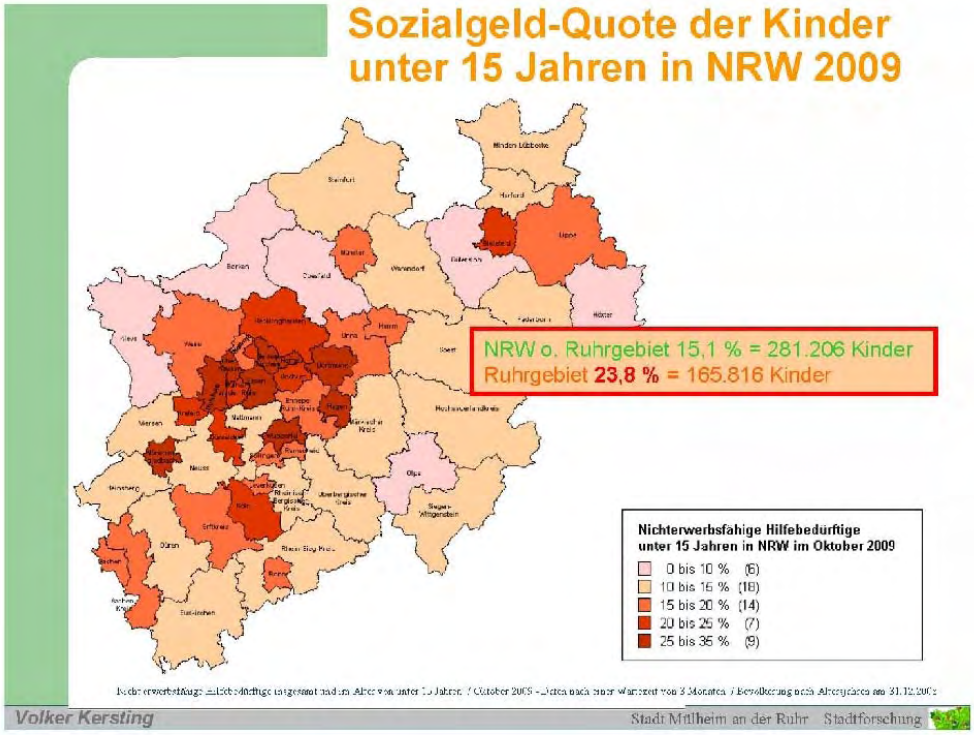
Folie 14

Erläuterungen zur Folie 14

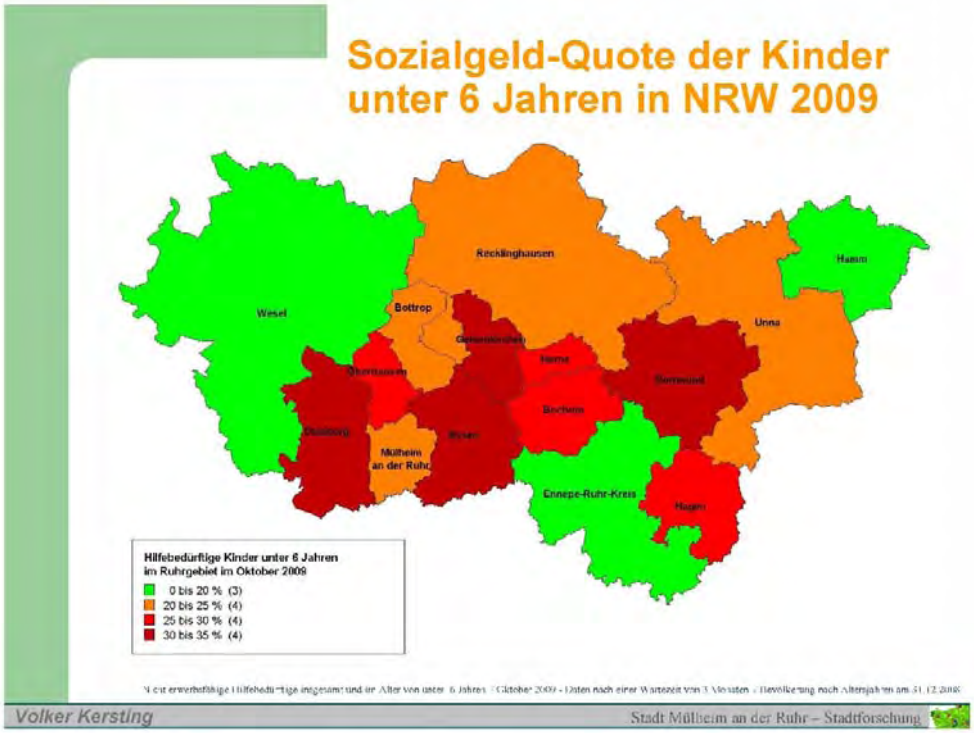
Auch bei den Abgängern ohne Schulabschluss findet sich eine ganz erhebliche räumliche Varianz. Sehr auffällig sind die Unterschiede in den Quoten deutscher zu nichtdeutscher Kinder. In Gelsenkirchen bleibt jeder zehnte ohne Schulabschluss, in Bottrop jeder vierte Ausländer. Ich meine, diese Zahlen haben durchaus einen Aufregungswert.



Folie 15



Folie 16



Folie 17

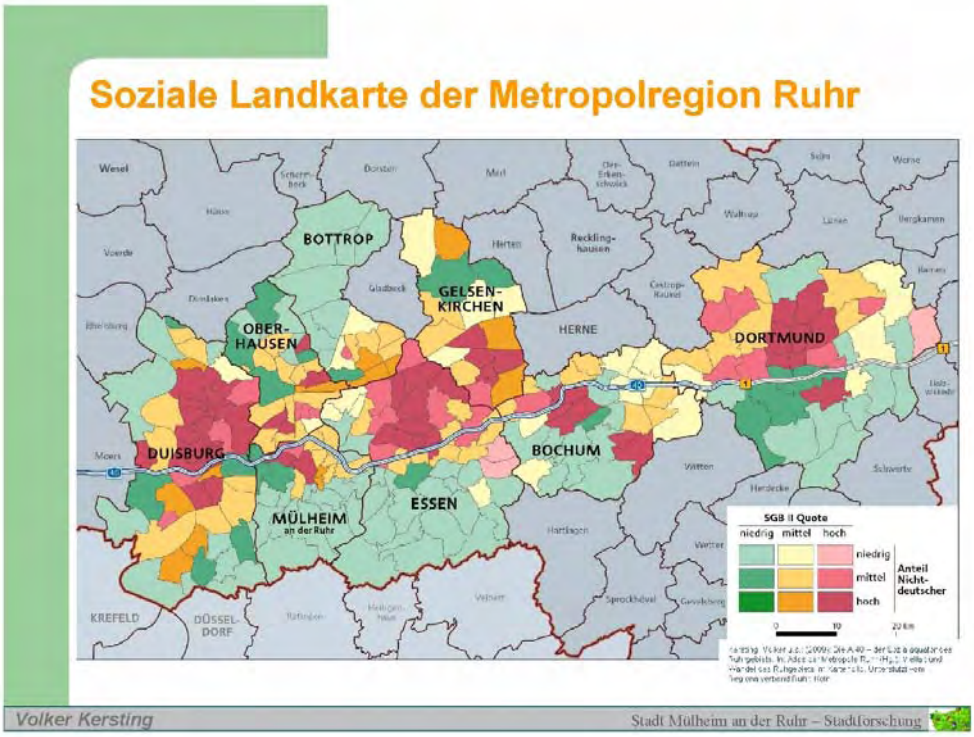
Erläuterungen zu den Folien 15, 16 und 17

Für die kommunale Ebene gibt es nur wenige Daten zur Kinderarmut. Die Bundesagentur für Arbeit hat mir auf Anfrage hierzu einige Zahlen überlassen, die ich für Sie aufbereitet habe: Die daraus entstandene Landkarte mit Daten zum Sozialgeldbezug („Hartz IV“) der unter 15-Jährigen zeigt eine Spanne zwischen 6 % im Kreis Coesfeld und 33 % in Gelsenkirchen. Bei den ganz jungen bis zu 3-Jährigen sind die Werte noch deutlich höher. Man kann sagen „Je jünger die Kinder, umso höher die Armutsquoten“.

Die Sozialgeldquote für die unter 15-Jährigen beträgt in NRW 17,5 %. Rechnet man das Ruhrgebiet heraus, beträgt sie 15,1 %. Hingegen hat das Ruhrgebiet für sich eine Quote von 23,8 %. d. h. jedes vierte Kind im Ruhrgebiet ist auf Hartz IV angewiesen. Wenn man es zuspitzt, ist demnach das ganze Ruhrgebiet ein sozialer Brennpunkt. Darüber hinaus gibt es zahlreiche Stadtteile, in denen mehr als jedes zweite Kind Hartz IV bezieht.

Die genannten Werte sind Stichtagswerte. Zählt man alle Kinder, die während des gesamten Jahres Leistungen bezogen haben, liegen die Quoten noch deutlich höher. Wir müssen uns also von der Vorstellung trennen, dass es „Armutsinseln“ oder Brennpunkte gibt und drum herum die Welt in Ordnung sei.

Es gibt 166.000 arme Kinder zwischen Ruhr und Emscher, das ist die Zahl der Einwohner einer Stadt ungefähr so groß wie Mülheim oder Hamm.



Folie 18

Erläuterungen zur Folie 18

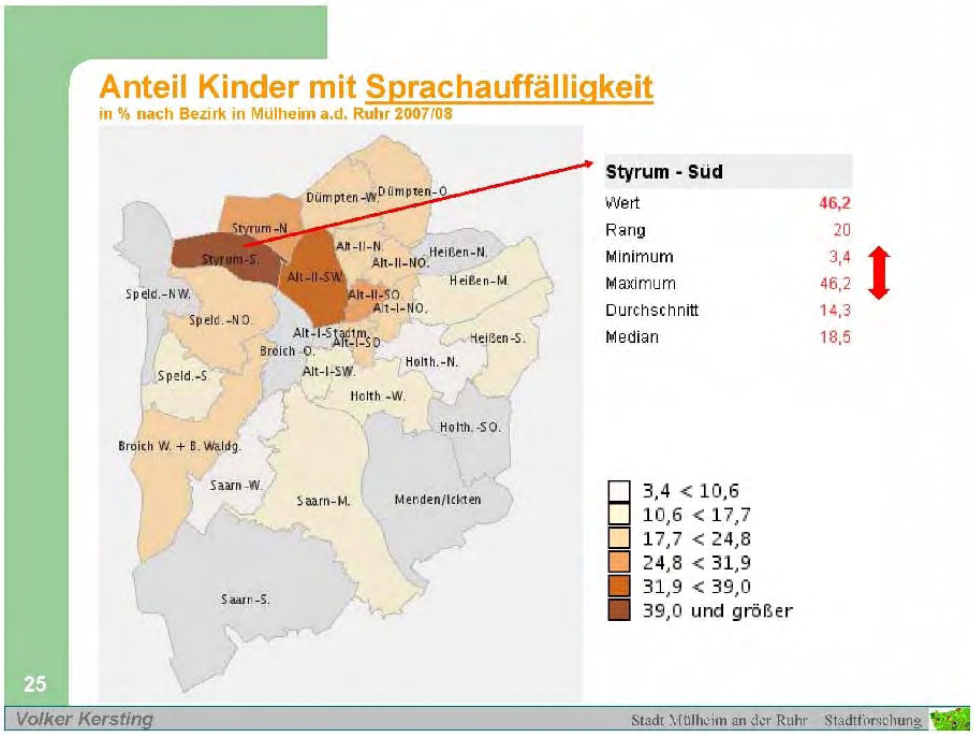
Ich habe versucht kleinräumige Daten auf der Ebene von „Stadtteilen“ zur sozialen und ethnischen Spaltung zusammen zu tragen. Daraus ergibt sich die oben stehende soziale Landkarte der Metropolregion Ruhr. Das Farbspektrum markiert die Armuts- und ethnische Segregation. Je roter und dunkler, desto höher die Anteilswerte. Tiefdunkel sind Stadtteile mit sehr vielen Ausländern und hoher Armut. Hellgrün: Dort kennt man Armut und Migration vor allem aus den Medien!

Das Ruhrgebiet ist folglich ein Flickenteppich unterschiedlicher sozialer Lagen. Arme und Migranten leben hochgradig segregiert in den benachteiligten Vierteln der Städte.

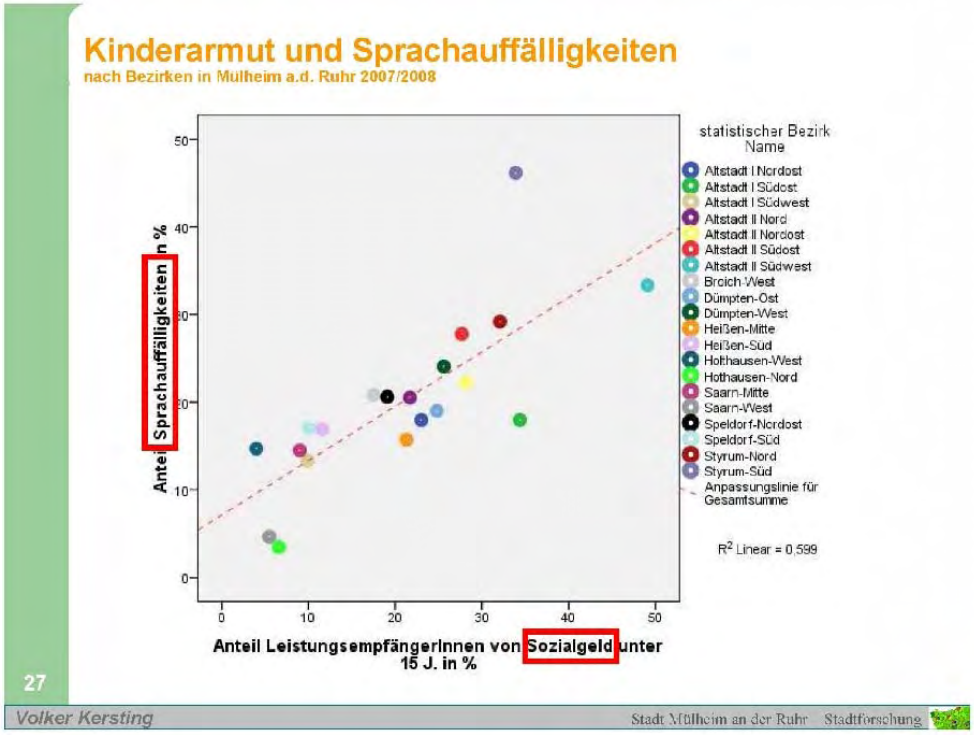
Würde man nur die Farben betrachten, würden keine Stadtgrenzen mehr deutlich, sondern eher ein kilometerweites Band entlang der A40, das den „Sozialäquator“ bildet. Die Quartiere überschneiden die Stadtgrenzen. Wenn man so will: Sozialgeographisch gesehen ist der Oberhausener Süden der Mülheimer Norden

und der Duisburger Osten.

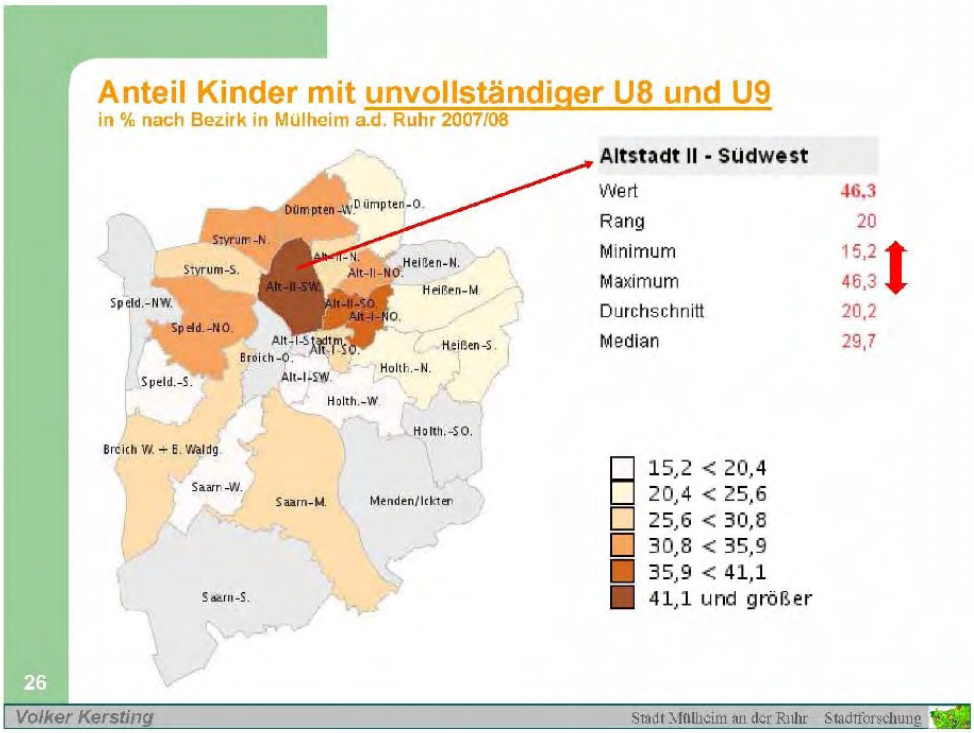
Quelle:
Kersting, Volker; Meyer, Christian; Strohmeier, Peter; Terpoorten, Tobias (2009): Die A 40 – Der Sozialäquator des Ruhrgebiets. In: Atlas der Metropole Ruhr (Hg.): Vielfalt und Wandel des Ruhgebiets im Kartenbild. Unterstützt vom Regionalverband Ruhr. Köln.



Folie 19



Folie 20



Folie 21

Erläuterungen zu den Folien 19, 20 und 21

Ebenso wie materielle Armut finden wir auch Bildungs- und Gesundheitsarmut räumlich stark konzentriert. Beides hängt in hohem Maße zusammen. Es besteht mithin nicht nur ein individueller, sondern auch ein starker räumlicher Zusammenhang. Dies lässt sich mit Daten der Schuleingangsuntersuchung gut aufzeigen. Wir nehmen das Beispiel von Mülheim an der Ruhr, weil die Stadt solche Herausforderungen sehr ernst nimmt und offen damit umgeht. Als Indikatoren wurden hier die Quoten der „sprachauffälligen Kinder“ und die Beteiligung an den wichtigen Vorsorgeuntersuchungen (U8 und U9) gewählt. Die Karte zeigt zweierlei: Eine starke räumliche Konzentration und enorm hohe Quoten zwischen 30 % und knapp 50 % im Norden und im innerstädtischen Bereich. Ein Muster, das wir in den meisten Ruhrgebietsstädten in ähnlicher Weise finden.

Man könnte die Darstellung mit weiteren für die Entwicklung der Kinder relevanten Indikatoren fortsetzen. Die Karten würden sich sehr ähneln.

Folie 22

Erläuterungen zur Folie 22

Die letzte Folie möchte ich mit einem kleinen Ausblick verbinden, wenngleich ich, wie anfangs geäußert, in erster Linie „für das Wiegen zuständig“ bin: Leider haben wir es in den letzten 20 Jahren im Ruhrgebiet nicht geschafft, eine Bildungsberichterstattung oder einen Masterplan Bildung hinzubekommen. Mittlerweile sind wir doch auf einem guten Wege, es existiert zumindest eine aktuelle Machbarkeitsstudie zur Bildungsberichterstattung für das Ruhrgebiet. Wenn alles gut geht, können wir mit der Hauptstudie demnächst beginnen.

Eine kleinräumige Beobachtung für den Bereich der frühkindlichen Entwicklung und Bildung kann allerdings durch eine solche Studie nicht ersetzt werden. Hier sind die Kommunen gefordert. Die Daten und Instrumente dazu sind vorhanden. Zu empfehlen wäre an dieser Stelle eine interkommunale Kooperation, denn die Herausforderungen sind die gleichen und Kooperation täte der Region gut.

Nachfragen

Cornelia Schimanowski, Stadtverbandsvorsitzende der GEW Oberhausen

Frage zu den Daten und Fakten: Wie ist die historische Entwicklung zu bewerten, wie hat sich Kinderarmut in den letzten Jahren entwickelt? Kann man eine Prognose abgeben, vielleicht für einzelne Stadtviertel? Gibt es Stadtviertel, die regelrecht weg brechen? Was kann man tun?

Volker Kersting

Die Gründe sind vielfältig. Einen großen Einfluss hat die Hartz IV-Gesetzgebung. Dadurch wurden immer mehr Menschen von Armut betroffen. Bis 2004 hatten wir die „alte Sozialhilfe“ mit Kinderarmutsquoten in NRW von 9 % bis 10 %. Die Sozialgeld-quoten (Hartz IV) für Kinder sind doppelt so hoch. Die Kommunen als „Sachwalter der Kinderarmut“ haben es nunmehr mit erheblich mehr betroffenen Kindern zu tun.

Das Armutsrisiko der Kinder hängt stark vom Bildungshintergrund der Eltern ab. Ethnische und familiäre Faktoren, die nicht bedeutungslos sind, verschwinden dahinter deutlich. Dies lässt sich klar belegen.

Zur Frage nach den Stadtvierteln: Die kleinräumige Konzentration (Segregation) von Ausländern geht in den nordrhein-westfälischen Städten zurück, während die Armutskonzentration zunimmt. Diese Ballung von Benachteiligten in benachteiligenden Stadtteilen ist höchst problematisch und verdient größte Aufmerksamkeit.

Und noch ein Hinweis: In Essen haben wir vor einiger Zeit die problematischen Stadtteile betrachtet: Hier sind die deutschen Kinder kränker als die ausländischen.

Wege zur Chancengleichheit – Frühförderung ruhrregional

Dr. Sybille Stöbe-Blossey
Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ)
Universität Duisburg/Essen

Zunächst möchte ich etwas zur Ausgangslage sagen, auch wenn dazu schon einiges zu hören war. Danach komme ich unter dem Stichwort „Neue Kompensatorik“ zu konzeptionellen Überlegungen, die auf die Weiterentwicklung früher Förderung abzielen. Dabei möchte ich darauf eingehen, warum sie ruhrregional angelegt sein sollte.

Die Ausgangslage

Einerseits haben wir die Schere zwischen Qualifikationsanforderungen und Qualifikationsniveau. Das Thema Fachkräftemangel hat die Frühförderung allgemein hoffähig gemacht, auch wenn wir Bildung nicht nur ökonomisch betrachten dürfen und können. Die frühe Förderung ist von besonderer Bedeutung, weil es sensible Zeitfenster gibt. Frühe Förderung bedeutet nun nicht, möglichst früh alles zu lernen. Sie muss die individuelle Lebenslage verbessern und günstige Ausgangsbedingungen für Lernen und Lernfähigkeit schaffen. Die individuelle Lebenslage wird beeinflusst durch die soziale Lage, durch Bildung und Gesundheit und Wechselwirkungen zwischen den Bereichen. Die individuellen Entwicklungsmöglichkeiten hängen stark vom jeweiligen Lebensumfeld ab. Dieses ist regional und stadtteilbezogen unterschiedlich angelegt. Volker Kersting hat dies mit dem Bild vom „Flickenteppich“ eindrucksvoll dargestellt. Es gilt im Hinblick auf die soziale Lage, die Bildung und die Gesundheit.

Bislang haben wir über Bildung und soziale Lage gesprochen und darüber, dass wir erhebliche regionale Unterschiede haben. Das ist bekannt. Um den Gesamtzusammenhang noch stärker zu verdeutlichen, habe ich mich auf Gesundheitsindikatoren konzentriert. Während Volker Kersting die stadtteilbezogene Differenzierung im Ruhrgebiet in den Vordergrund gestellt hat, möchte ich andere Unterschiede zwischen dem Ruhrgebiet und anderen Städten in NRW zeigen. Dies ist ein wichtiger Argumentationszusammenhang bei der Frage: Warum brauchen wir

Frühförderung ruhrregional und warum brauchen wir eine Modellregion Ruhrgebiet. Ich habe beispielhaft Abbildungen zu den Städten Gelsenkirchen und Duisburg einerseits, zu den Städten Bonn und Münster andererseits gegenüber gestellt. Dazu kommen höchste und niedrigste Werte von NRW.

Das verfügbare Einkommen

Wenn wir NRW gleich 100 setzen, dann haben wir eine Diskrepanz zwischen Mettmann (einer Speckgürtelstadt) – hier lag der Index im Jahr 2005 bei 119 – und Gelsenkirchen, Duisburg und Hamm, die im Bereich von 82 lagen.

Ich habe versucht, aktuellere Daten zu finden. Inzwischen sind die 2007er Daten im Netz. An denen ist erschreckend, dass die Schere in der Zwischenzeit noch weiter aufgegangen ist. Der Kreis mit dem höchsten Einkommensindex erreicht nur 2 Jahre später einen Wert von 134, die Städte am anderen Ende der Skala sind auf circa 81 zurückgefallen. Das heißt, dass wir eine Tendenz haben bei der sozialen Lage, eine zunehmende Disparität.

Gesundheitsindikatoren

Sie finden diese Daten auf den Internetseiten des Landesinstituts für Gesundheit und Arbeit. Es gibt die Möglichkeiten, Kreisprofile zu unterschiedlichen Gesundheitsindikatoren zusammen zu stellen. Die durchschnittliche Lebenserwartung von Männern ist im rheinisch-bergischen Kreis oder in Bonn im Schnitt 4 ½ Jahre höher, sie werden älter als in Gelsenkirchen.

Der Indikator „Vermeidbare Sterbefälle durch Herzkrankheiten“ wird in der Gesundheitsforschung verwendet, weil ein starker Zusammenhang zwischen Behandlungs- und Therapiemöglichkeiten im Umfeld des Gesundheitsbewußtseins gesehen wird. In Gelsenkirchen liegt das Risiko 50 % höher als im nordrhein-westfälischen Durchschnitt. In anderen Großstädten liegt es um ein Drittel unter dem Durchschnitt.

Nun werden Sie sich sicherlich fragen, was haben Herzkrankheiten und Lebenserwartung von Männern mit Frühförderung zu tun. Es hat eine Menge damit zu tun, wie sich das Umfeld der individuellen Lebenssituation des Kindes darstellt. Man könnte es mit unterschiedlichen Indikatoren weiter führen: Die Lebensbedingungen unterscheiden sich in den unterschiedlichen Regionen. Man kann legitim davon ausgehen: Wir haben zu dem Themenfeld Frühförderung einen anderen Problemdruck und einen erhöhten Handlungsbedarf. Es ist keine

regionalpolitische Spinnerei, wenn wir hier von einer Modellregion Ruhrgebiet reden. Es gibt dafür handfeste Gründe.

Das führt zum Stichwort der neuen Kompensatorik. 2003 haben wir zusammen mit einigen anderen Partnern im Auftrag der damaligen Projekt Ruhr GmbH eine Studie zum Thema Bildungsbenachteiligung im Ruhrgebiet durchgeführt, die viele der Punkte beinhaltete, die Volker Kersting eben angesprochen hat, die sowohl Bildungsdisparitäten innerhalb der Region betrifft, als auch Unterschiede zu anderen Stadtregionen sehr deutlich gemacht hat. Wir haben aus der Studie die Anforderung nach einer neuen Kompensatorik abgeleitet mit dem zentralen Element einer frühen Förderung. Sie setzte durchaus auf Kosten-Nutzen-Rechnungen aus Gründen, die Volker Kersting zum Abschluss seines Vortrags angesprochen hat. Sie setzt darauf, Ungleiches durchaus ungleich zu behandeln. Nicht nur in der zusätzlichen Förderung, sondern auch bei Regelprogrammen, die man im Hinblick auf ihre regionalen Wirkungen überprüfen muss.

Ungleiches nicht gleich behandeln bezieht sich zum einen auf das Individuum. Ein Kind, das zum Beispiel große Schwierigkeiten in der Sprachentwicklung hat, braucht eine andere Form von Förderung, um davon profitieren zu können, als ein Kind, das diese sprachlichen Schwierigkeiten nicht hat. Wenn beiden Kindern die gleiche Förderung gegeben wird, wird das Kind, das weiter ist, davon mehr profitieren als das andere.

Das gilt aber auch für Regionen. Das möchte ich am Beispiel der U3-Versorgung deutlich machen. Wenn man sich in diesen 4 Städten und im NRW-Durchschnitt die Versorgungsquote in der Kindertagesbetreuung für unter 3-jährige anschaut, sieht man sehr deutliche Unterschiede. Fairerweise ist hinzuzufügen, daß der letzte Stichtag 2009 ist. Es gibt inzwischen einen deutlichen Anstieg der U3-Quoten.

Im letzten Jahr hatten wir in Münster eine Versorgungsquote von 22,5 %, in Duisburg eine von 7%. Das ist ein deutlicher Unterschied und das unter formal gleichen Bedingungen. Für Kommunen gilt das gleiche Gesetz, nur angesichts der unterschiedlichen kommunalen Finanzsituation haben wohlhabende Kommunen andere Möglichkeiten, das Gesetz zu nutzen. Das ist in den Zusammenhang zu der Bedeutung eines längeren Kindergartenbesuchs zu setzen, wie Volker Kersting gerade benannt hat.

Gerade in der Region, in der wir diesen längeren Kindergartenbesuch aufgrund der

Sozialstruktur am dringendsten bräuchten, haben wir ihn am wenigsten. Das ist keine Absicht im Kinderbildungsgesetz, denn dieses ist formal für alle gleich. Es macht deutlich, dass Finanzierungsstrukturen in Regelprogrammen zur Verfestigung von sozialer Ungleichheit führen können.

Interessanterweise wird dies politisch kaum thematisiert. Es wird immer wieder über das Kinderbildungsgesetz diskutiert, häufig aus der Perspektive von Trägern, die Schwierigkeiten mit der Flexibilität haben. Regionale Disparitäten werden kaum thematisiert. Man sollte fragen: Warum eigentlich nicht?

Wie geht das mit der frühen Förderung?

Ausgelöst von einigen dramatischen Fällen von Kindestötung: Frühe Förderung ist mehr als die Verhinderung von Kindestötungen. In den letzten Jahren hat es zu Kindeswohlgefährdung und Kinderschutz erhebliche Aufmerksamkeit und Diskussionen gegeben. Politisch betrachtet hat es einerseits mehr Aufmerksamkeit gegeben. Dies ist in unserem Sinne der Weiterentwicklung positiv. Andererseits aber hat es die Auswirkung gehabt, dass man Ansätze früher Förderung in erster Linie unter der Vermeidung ganz schlimmer Fälle betrachtete.

Frühförderung muss viel weiter gehen. Es muss nicht nur darauf ausgerichtet sein, das Schlimmste zu verhindern, sondern positive Entwicklungschancen für alle Kinder zu eröffnen. Das ist eine andere Herangehensweise, die in Zeiten knapper Kassen erneut besonders gefährdet ist.

Es gibt in NRW einige durchaus gute Ansätze. Seit 2002 laufen die sozialen Frühwarnsysteme. In einigen Kommunen hat es in verschieden Projekten Ansätze gegeben, Handlungsketten des Wahrnehmens, Warnens und Handelns zu installieren und verschiedene Dienste und Strukturen miteinander zu vernetzen. Das ist ein wesentlicher Punkt im Kontext der frühen Förderung, der weiter geführt werden müsste.

Auf Bundesebene gibt es seit einiger Zeit das Zentrum für frühe Hilfen. Es setzt vor allem auf die Vernetzung von Jugendhilfe und Gesundheit. Hoffnung und Zielsetzung, einen früheren Zugang zu Familien über das Gesundheitswesen zu finden, um sie frühzeitig erreichen und unterstützen zu können.

Nach Vergegenwärtigung und Zusammenfassung all dieser Aspekte haben wir in einer Arbeitsgruppe im GEW-Kontext ein Modell „Förderkette 0 - 10“ entwickelt und

diskutiert, wie es aussehen könnte.

Stadtteilbezogene Vernetzung und Steuerung durch verschiedene Akteure aus Schule, Jugendhilfe und Gesundheit. Die Kollegen haben völlig zu Recht darauf hingewiesen: Vernetzung ist das Zauberwort, mit dem man alles erreichen will. Das stimmt so sicher nicht. Vernetzung ist eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung, dass frühe Förderung funktionieren kann. Wir haben nach wie vor erhebliche Effektivitätsdefizite, weil nicht genügend zusammen gearbeitet wird, weil es zum Beispiel zwischen Gesundheit und Jugendhilfe an einigen Stellen erhebliche Berührungsängste gibt. Evaluation, grassierendes Berichtswesen und Vernetzung ist kein Ersatz für Ressourcen, sondern die Voraussetzung, um vorhandene Ressourcen besser nutzen zu können. Diese Ressourcen müssen aber auch bereit stehen.

Eine zweite Voraussetzung für dauerhaftes Funktionieren von Vernetzung ist eine kontinuierliche Koordinierung. Netzwerke sind in den allerwenigsten Fällen Selbstläufer, die irgendwie funktionieren. Kernelement der Förderkette ist ein Förderzentrum 0 - 10, das als Koordinierungsstelle Dienstleistungen, Hilfen entwickelt und die Vernetzung der Akteure weiterführt und strukturiert.

Dies ist der strukturelle Gedanke, also die Verbindung zwischen Kooperationsstrukturen und Institutionen. Inhaltlich braucht eine solche Förderkette unterschiedliche Module, die von den Altersgruppen her aufeinander aufbauen und einen kontinuierlichen Prozess sicher stellen sollen.

Es kann mit einer Art von Screening in der Geburtsklinik anfangen. Es gibt eine Reihe von Projekten und wissenschaftlich fundierter Beobachtungsbögen, die dem medizinischen Personal dabei helfen zu erkennen, welche Familie Hilfe gebrauchen könnte. Familien sind in der Phase direkt nach der Geburt offen und bereit, diese Hilfen anzunehmen, was als Voraussetzung für frühe Förderung gerade bei Menschen in schwierigen Lebenssituationen ein wichtiger Punkt ist.

Auf diesem Wege oder über die Hebammen, Kinderärzte und andere Personen, mit denen die Familien hoffentlich in Kontakt geraten, kann eine Familie, wenn die Aufmerksamkeit stärker systematisiert wird, dem Gedanken soziale Frühwarnsysteme (Wahrnehmen und Warnen) an dieses Förderzentrum vermittelt werden. Dieses würde der Familie entsprechende Hilfen vermitteln. Dazu können gehören qualifizierte Eltern-Kind-Gruppen gerade bei ganz kleinen Kindern, ein

Fördertagebuch, das den Entwicklungsprozess des Kindes dokumentiert und anschlussfähig über die verschiedenen institutionellen Stufen ... zusätzliche medizinische Leistungen, Therapien etc gehören. Große Chancen würden in dieser Förderkette in der Institution Förderzentrum liegen. Frühe Aufnahme in die Kita mit einer systematischen Fortführung der Förderung durch zielgruppenorientierte Bildung und Projekte und durch eine weitere Einbeziehung der Eltern, z. B. durch erweiterte Möglichkeiten der Familienberatung. Wir haben es mit dem Stichwort „Familienzentrum plus“ überschrieben, einfach vor dem Hintergrund, dass ein Familienzentrum in Bereichen mit starken sozialen Problemen mehr leisten muss als ein „normales“ Familienzentrum.

Offene Ganztagsschule ist betreffend die Ressourcen ein noch krasserer Punkt. Diese muss in dem Sinne weiterentwickelt werden, um das, was Familienzentren leisten müssen, in der späteren Altersphase fortzuführen

Wir haben diese Elemente modellhaft für die Förderkette zusammengestellt. Es gibt nicht den Idealtypus, es können auch andere Elemente sein. Wichtig ist die frühzeitige Förderung von Kindern. Familien müssen von Anfang an stark einbezogen werden. Die Strukturen können natürlich je nach Kommune unterschiedlich aussehen.

Was bringt frühe Förderung ökonomisch?

Einige Aspekte einer Kosten-Nutzen-Rechnung sind schon erwähnt worden. US-amerikanische Untersuchungen zu Langzeitprogrammen haben die Kosten von Förderprogrammen erhoben und Lebensbiografien von geförderten und Kontrollgruppen verfolgt. Ein Dollar Investition bringt 12 Dollar Rückfluss durch höhere Steuerleistungen und Sozialversicherungsbeiträgen, durch erhöhtes Einkommen, durch verringerte staatliche Transferleistungen und verringerte Kriminalitätsquoten etc. pp.

Frühe Förderung ist Voraussetzung für Erwerbsintegration. Doch was kostet es, wenn die Erwerbsintegration nicht klappt? Wir haben berechnet, dass die Förderkette 0 - 10, also in den ersten 10 Jahren pro gefördertes Kind 7400 Euro kostet, zusätzlich zu den Regelleistungen. Das ist weniger als die durchschnittlichen jährlichen Unterkunftskosten für eine Bedarfsgemeinschaft nach SGB II.

Die Förderung von 1.000 Kindern kostet 740.000 Euro im Jahr. Wenn ich dadurch

idealtypisch 50 Fälle von Bedarfsgemeinschaften einspare, wäre Frühförderung – langfristig betrachtet – kostenneutral. Bei der Einrechnung von zusätzlichen Steuern und Sozialversicherungseinnahmen, und wenn man davon ausgeht, dass misslungene Erwerbsintegration nicht ein Jahr SGB II, sondern möglicherweise 20 Jahre bedeutet, sind die Relationen noch krasser.

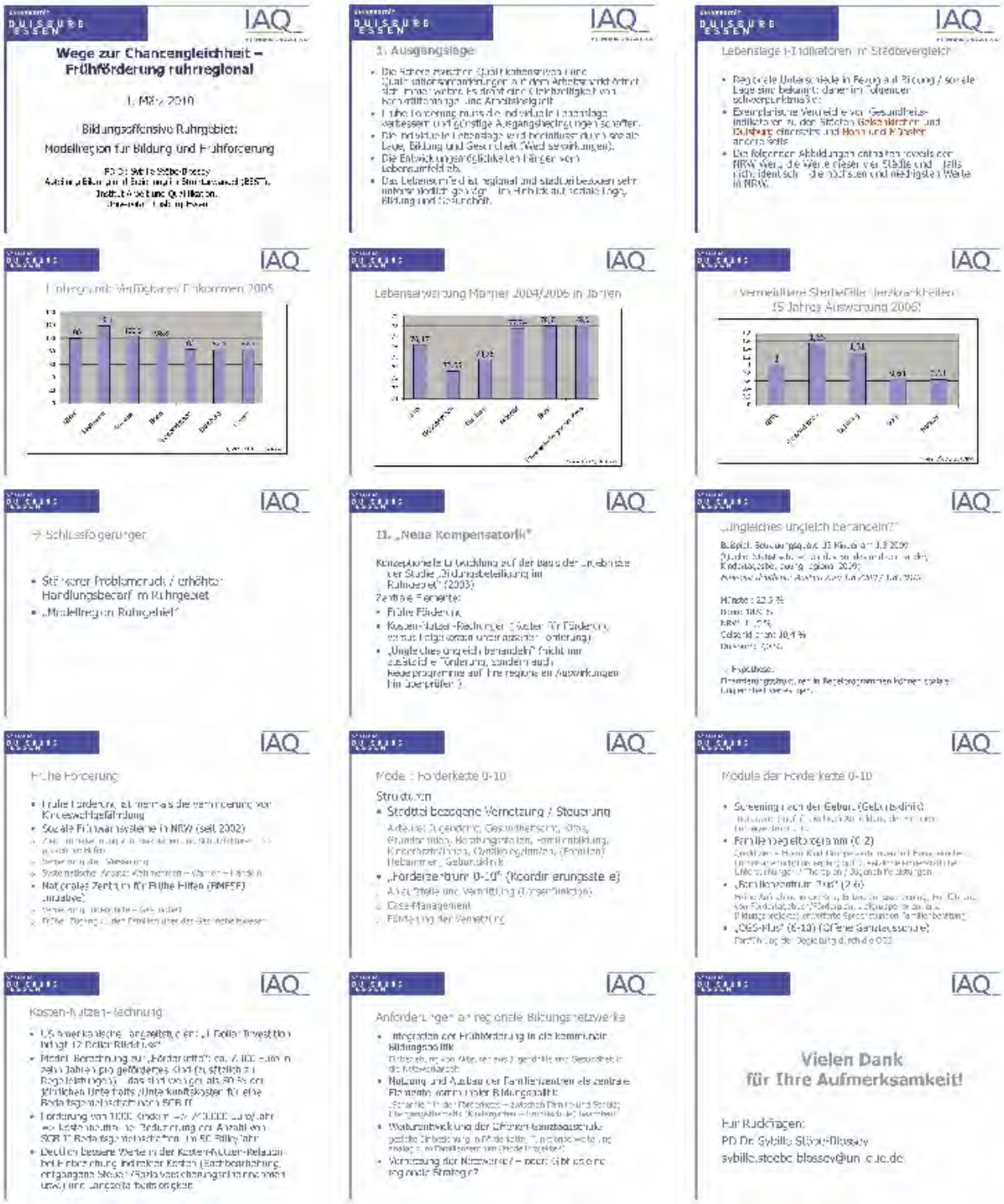
Natürlich sind solche Zahlenspiele mit Vorsicht zu genießen. Unterschiedliche Modellannahmen werden auch zu unterschiedlichen Zahlen kommen. Kosten von misslungener Integration und Kosten von Förderung sind ziemlich eindeutig. Das Dumme ist, daß die Kosten für die Förderung in der Gegenwart anfallen, die Einsparungen und Gewinne durch verbesserte Integration jedoch erst in vielen Jahren, verteilt auf unterschiedliche Haushalte. Dies macht es bei allen Berechnungen, die wir vorlegen, politisch schwierig: Es wird bisher noch kurzfristig, in der aktuellen Haushaltssituation, gedacht.

Zum Schluss möchte ich den Zusammenhang zur Regionalisierung von Bildungspolitik und zu regionalen Bildungsnetzwerken herstellen. In den meisten Kommunen gibt es den Aufbau regionaler Bildungsbüros und Bildungsnetzwerke. Sie verfolgen den Netzwerkgedanken, die Verbindung der Akteure, die Integration der verschiedenen Stufen des Bildungssystems. Unter dem Gesichtspunkt Frühförderung ist es wichtig, in diesen Bildungsnetzwerken die gesamte Lebensbiografie ins Auge zu fassen, die Frühförderung zu integrieren und hier Akteure aus Gesundheit und Jugendhilfe zu integrieren. Nach meinem Überblick ist dies kommunal recht unterschiedlich der Fall. Welche Rolle spielt Jugendhilfe, frühe Förderung im regionalen Bildungsnetzwerk? Nutzung und Ausbau der Familienzentren als zentrale Elemente kommunaler Bildungspolitik sind noch weiter zu stärken. Sie sind ein Scharnier in der Förderkette zwischen Familie und Schule, dem Übergang Kindergarten-Grundschule. Auch ist die Weiterentwicklung der offenen Ganztagsschule viel gezielter als bisher in eine solche Förderkette einzubeziehen.

Letzter Punkt: Vernetzung der Netzwerke. Es gibt viele regionale Initiativen im Ruhrgebiet. Wie sieht es insgesamt aus? Gibt es eine regionale Strategie? Gibt es die Bereitschaft zur Zusammenarbeit innerhalb der Region? Gibt es ein Element, das über das Ruhrgebiet hinaus den Anspruch und die Fähigkeit verdeutlicht: Das Ruhrgebiet kann und will eine Modellregion werden.

Das wird für die nächsten Jahre die entscheidende Frage sein, auch im Hinblick auf den genannten Masterplan-Prozess.

Folienübersicht zum Vortrag von Dr. Sybille Stöbe-Blossey



UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN

IAQ INSTITUT ARBEIT UND QUALIFIKATION

Wege zur Chancengleichheit – Frühförderung ruhrregional

1. März 2010

Bildungsoffensive Ruhrgebiet:

Modellregion für Bildung und Frühförderung

PD Dr. Sybille Stöbe-Blossey
Abteilung Bildung und Erziehung im Strukturwandel (BEST),
Institut Arbeit und Qualifikation,
Universität Duisburg-Essen

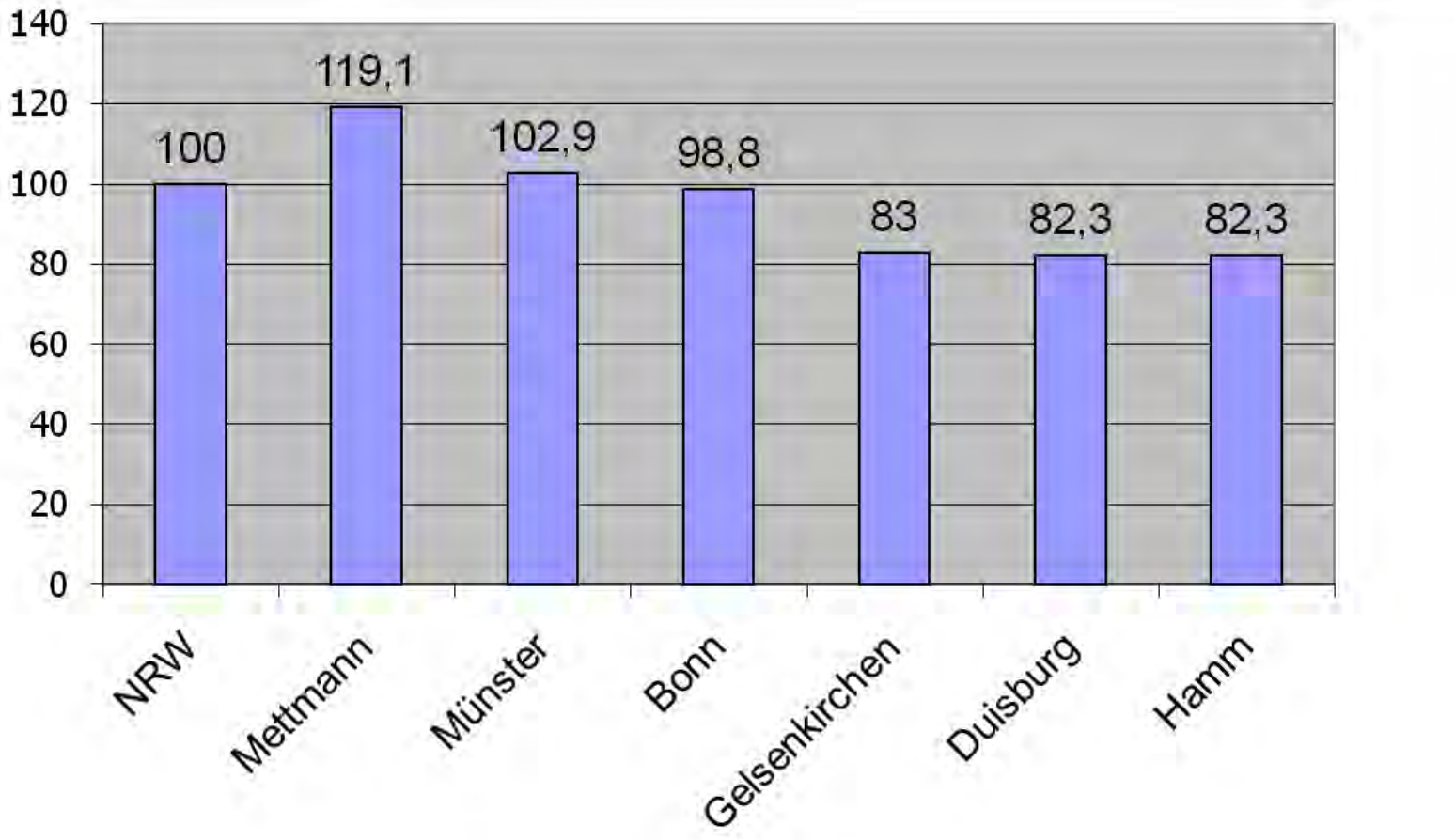
1. Ausgangslage

- Die Schere zwischen Qualifikationsniveau und Qualifikationsanforderungen auf dem Arbeitsmarkt öffnet sich immer weiter. Es droht eine Gleichzeitigkeit von Fachkräftemangel und Arbeitslosigkeit.
- Frühe Förderung muss die individuelle Lebenslage verbessern und günstige Ausgangsbedingungen schaffen.
- Die individuelle Lebenslage wird beeinflusst durch soziale Lage, Bildung und Gesundheit (Wechselwirkungen).
- Die Entwicklungsmöglichkeiten hängen vom Lebensumfeld ab.
- Das Lebensumfeld ist regional und stadtteilbezogen sehr unterschiedlich geprägt – im Hinblick auf soziale Lage, Bildung und Gesundheit.

Lebenslagen-Indikatoren im Städtevergleich

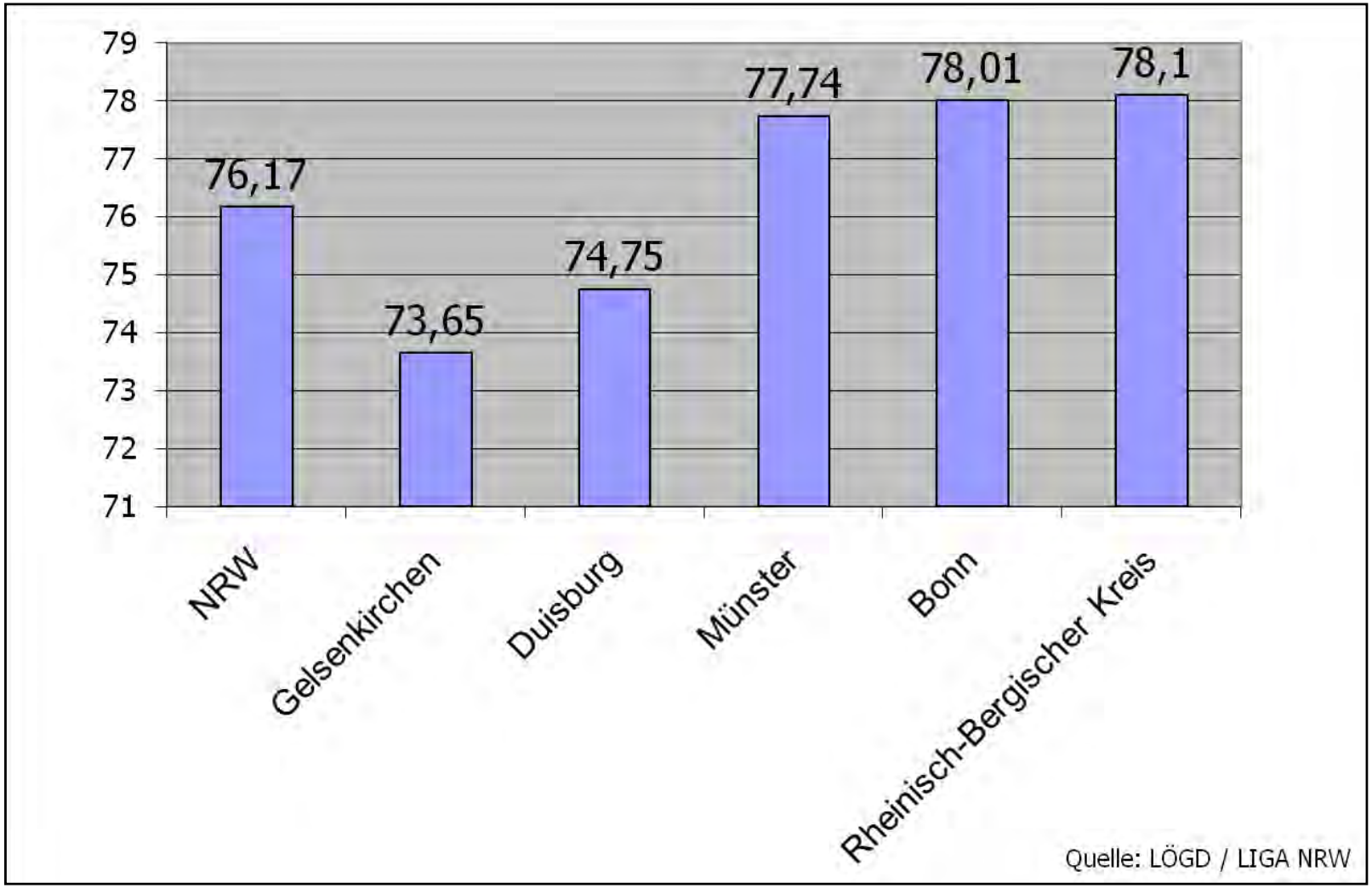
- Regionale Unterschiede in Bezug auf Bildung / soziale Lage sind bekannt; daher im Folgenden schwerpunktmäßig:
- Exemplarische Vergleiche von Gesundheits-indikatoren zu den Städten Gelsenkirchen und Duisburg einerseits und Bonn und Münster andererseits
- Die folgenden Abbildungen enthalten jeweils den NRW-Wert, die Werte dieser vier Städte und – falls nicht identisch – die höchsten und niedrigsten Werte in NRW.

Hintergrund: Verfügbares Einkommen 2005

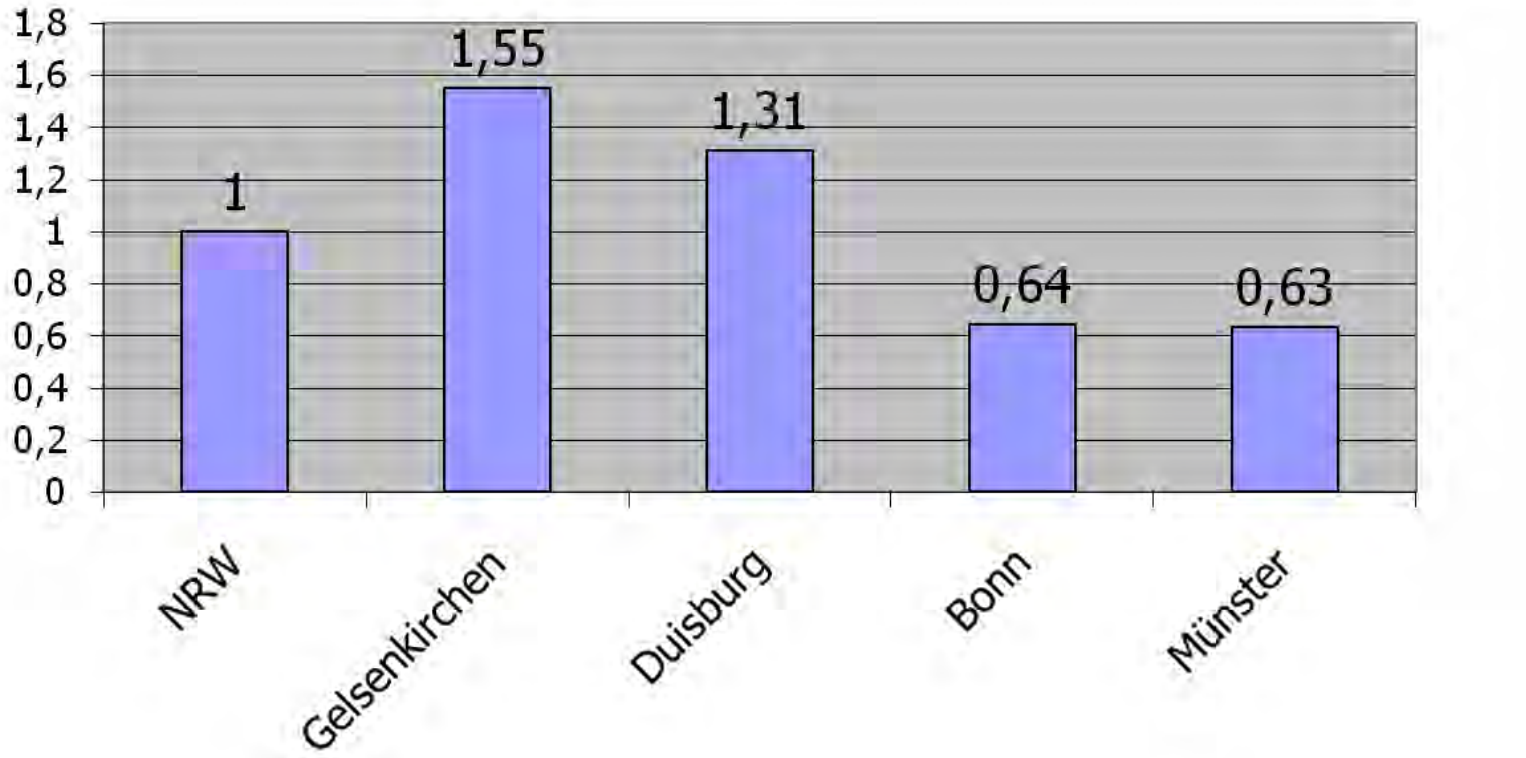


Quelle: LÖGD / LIGA NRW

Lebenserwartung Männer 2004/2006 in Jahren



Vermeidbare Sterbefälle Herzkrankheiten (5-Jahres-Auswertung 2006)



Quelle: LÖGD / LIGA NRW

→ Schlussfolgerungen

- Stärkerer Problemdruck / erhöhter Handlungsbedarf im Ruhrgebiet
- „Modellregion Ruhrgebiet“

II. „Neue Kompensatorik"

Konzeptionelle Entwicklung auf der Basis der Ergebnisse der Studie „Bildungsbeteiligung im Ruhrgebiet" (2003)

Zentrale Elemente:

- Frühe Förderung
- Kosten-Nutzen-Rechungen (Kosten für Förderung versus Folgekosten unterlassener Förderung)
- „Ungleiches ungleich behandeln" (nicht nur zusätzliche Förderung, sondern auch Regelprogramme auf ihre regionalen Auswirkungen hin überprüfen!)

„Ungleiches ungleich behandeln?"

Beispiel: Betreuungsquote U3-Kinder am 1.3.2009

(Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Kindertagesbetreuung regional 2009)

Hinweis: deutlicher Anstieg zum 1.8.2009 / 1.8.2010!

Münster: 22,5 %

Bonn: 18,9 %

NRW: 11,5 %

Gelsenkirchen: 10,4 %

Duisburg: 7,0 %

⇒ Hypothese:

Finanzierungsstrukturen in Regelprogrammen können soziale Ungleichheit verfestigen.

Frühe Förderung

- Frühe Förderung ist mehr als die Verhinderung von Kindeswohlgefährdung!
- Soziale Frühwarnsysteme in NRW (seit 2002)
  - Ziel: Früherkennung von Risikolagen und Schutzfaktoren ->> präventive Hilfen
  - Vernetzung statt Versäulung
  - Systematischer Ansatz: Wahrnehmen – Warnen – Handeln
- Nationales Zentrum für Frühe Hilfen (BMFSFJ-Initiative)
  - Vernetzung Jugendhilfe – Gesundheit
  - Früher Zugang zu den Familien über das Gesundheitswesen

Modell: Förderkette 0-10

Strukturen

- Stadtteilbezogene Vernetzung / Steuerung

  Akteure: Jugendamt, Gesundheitsamt, Kitas, Grundschulen, Beratungsstellen, Familienbildung, Kinderärzte/innen, Gynäkolog/inn/en, (Familien)-Hebammen, Geburtsklinik

- „Förderzentrum 0-10“ (Koordinierungsstelle)
  - Anlaufstelle und Vermittlung (Lotsenfunktion)
  - Case-Management
  - Förderung der Vernetzung

Module der Förderkette 0-10

- **Screening nach der Geburt (Geburtsklinik)**
  Indikatoren; ggf. (freiwillige) Anmeldung der Familie im Förderzentrum 0-10
- **Familienbegleitprogramm (0-2)**
  Qualifizierte Eltern-Kind-Gruppe verbunden mit Hausbesuchen; Fördertagebuch/Förderplan; ggf. zusätzliche kinderärztliche Untersuchungen / Therapien / Jugendhilfeleistungen
- **„Familienzentrum Plus" (2-6)**
  Frühe Aufnahme in die Kita; Entwicklungsscreening; Fortführung von Fördertagebuch/Förderplan; zielgruppenorientierte Bildungsprojekte; erweiterte Sprechstunden Familienberatung
- **„OGS-Plus" (6-10) (Offene Ganztagsschule)**
  Fortführung der Begleitung durch die OGS

Kosten-Nutzen-Rechnung

- US-amerikanische Langzeitstudien: „1 Dollar Investition bringt 12 Dollar Rückfluss"
- Modell-Berechnung zur „Förderkette": ca. 7.400 Euro in zehn Jahren pro gefördertes Kind (zusätzlich zu Regelleistungen) – das sind weniger als 50 % der jährlichen Unterhalts-/Unterkunftskosten für eine Bedarfsgemeinschaft nach SGB II
- Förderung von 1000 Kindern => 740.000 Euro/Jahr => kostenneutral bei Reduzierung der Anzahl von SGB-II-Bedarfsgemeinschaften um 50 Fälle/Jahr
- Deutlich bessere Werte in der Kosten-Nutzen-Relation bei Einbeziehung indirekter Kosten (Sachbearbeitung, entgangene Steuer-/Sozialversicherungseineinnahmen usw.) und Langzeitarbeitslosigkeit

Anforderungen an regionale Bildungsnetzwerke

- Integration der Frühförderung in die kommunale Bildungspolitik

  Einbeziehung von Akteuren aus Jugendhilfe und Gesundheit in die Netzwerkarbeit
- Nutzung und Ausbau der Familienzentren als zentrale Elemente kommunaler Bildungspolitik

  „Scharnier" in der Förderkette – zwischen Familie und Schule; Übergangsthematik (Kindergarten – Grundschule) beachten!
- Weiterentwicklung der Offenen Ganztagsschule

  gezielte Einbeziehung in Förderkette; Funktionserweiterung analog zum Familienzentrum (Modellprojekte?)
- Vernetzung der Netzwerke? – oder: Gibt es eine regionale Strategie?

UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN

IAQ

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Für Rückfragen:
PD Dr. Sybille Stöbe-Blossey
sybille.stoebe-blossey@uni-due.de

PODIUM

Bildungsregion Ruhr 2018
Wie geht es weiter?
(mit der Förderung von 0 – 10)

Wir haben uns als Veranstalter entschlossen, die Podiumsdiskussion nicht ihrem Ablauf gemäß und Wort für Wort zu dokumentieren. Vor allem folgende Gesichtspunkte haben uns dazu animiert:

- Alle ParteienvertreterInnen haben – auch unter Wahlkampfgesichtspunkten – bildungspolitische Aussagen gemacht, die mit dem Thema des Symposions höchstens indirekt etwas zu tun hatten. Diese Aspekte sind auf den folgenden Seiten im Sinne einer Fokussierung ausgeblendet worden.
- Die einzelnen Wortbeiträge haben sich in ihrer direkten Abfolge nur sehr bedingt aufeinander bezogen.
- Die personenbezogene und zusammenfassende Dokumentation lässt Meinung und Profilierung der einzelnen DiskussionsteilnehmerInnen nach unserer Meinung besser erkennen, als wenn in zeitlicher Abfolge der Redebeiträge dokumentiert worden wäre.
- Die Beiträge und Formulierungen wurden sprachlich geglättet. Dabei haben wir uns bemüht, jede Sinnentstellung zu vermeiden.

Wir bitten um Verständnis für diese Vorgehensweise.

Im Übrigen ist unter „Material“ der ganze Tonmitschnitt eingestellt, so dass in Zweifelsfällen der Originalton mitgehört werden kann.

PODIUMSDISKUSSION

Kernaussagen Sören Link
SPD

- Benachteiligte Kinder im Ruhrgebiet brauchen bessere Chancen; es gibt keine Region oder Stadtteile, in denen die Kinder per se dümmer sind als in anderen. Frühförderung, nicht nur verstanden als Sprachförderung, unter Mitnahme der Eltern ist vordringlich.

- Politik muss sich individuell um die Problemlagen vor Ort kümmern; sie sind in Duisburg-Nord anders als in Duisburg-Süd – und in Duisburg anders als in Münster. Das greift die jetzige Landesregierung zu wenig auf, die Landesregierungen vorher übrigens auch. Konkret, es ist z. B. ein Skandal, dass in Duisburg 7% der unter Dreijährigen betreut werden können, in Münster aber 22%. Und die 7% in Duisburg sind nicht in Marxloh oder Hochfeld. Es ist das Problem von Landes- und Bundesregierungen, nicht dafür gesorgt zu haben, dass diese wichtigen Angebote nicht dort sind, wo sie hingehören. Man hat die unterschiedlichen Gegebenheiten nicht unterschiedlich behandelt. Wir haben es nicht auf die Kette gekriegt, einen Sozialindex einzuführen, der nennenswert ist. Das ist ein Versagen der alten Landespolitik. CDU/FDP haben es zwar gemacht, aber lächerlich gering ausgestattet. Das muss sich nach dem 9. Mai ändern.

- Obwohl sich bei der U-3-Betreuung etwas bewegt hat, waren wir 2005 im Ranking der Bundesländer auf dem letzten Platz und sind es heute immer noch.

- Die Klassenfrequenz-Richtwerte haben sich seit 2005 in keiner Weise geändert. Die Klassenfrequenzwerte haben sich marginal verändert. 2005 bis 2009 waren verlorene Jahre.

- Wenn es um mehr Geld für Bildung geht, kann ich kaum ruhig bleiben gegenüber der Tatsache, dass die CDU/CSU die "Herdprämie" geschaffen hat und dadurch Kinder vom Kindergarten fern hält. Es fällt mir schwer, ruhig zu bleiben gegenüber Parteienvertretern, die Steuerausfälle für NRW von 2 Milliarden Euro abgenickt haben. (Wachstumsbeschleunigungsgesetz) – und das gilt auch für meine Partei: Auf der Einnahmenseite verschenken wir am oberen Ende der Skala viel zu viele Milliarden an Steuern. Die Sozialschmarotzer sitzen nicht

unten bei den Hartz-IV-Empfängern, sondern das sind die Millionen-/Milliarden-Steuerhinterzieher oben. Wenn wir Erbschafts-, Vermögens-, Börsenumsatzsteuer u. a. endlich auch in Deutschland einziehen würden, dann hätten wir das Geld, was wir brauchen, um in Bildung zu investieren.

- Wir brauchen Gebührenfreiheit im Bildungswesen. Von Anfang an darf kein Kind zurück bleiben. Sie müssen alle die gleichen Startchancen bekommen. Die Gesellschaft muss den Wert der nachwachsenden Generation endlich erkennen und vernünftig investieren.

PODIUMSDISKUSSION

Kernaussagen Oliver Wittke
CDU

- Benachteiligte Kinder im Ruhrgebiet brauchen vor allem individuelle Förderung mit unterschiedlichen Förderangeboten und Fördermethoden.

- Man muss mit der vorschulischen Bildung beginnen. Deshalb haben wir Familienzentren eingerichtet mit vorschulischer Sprachförderung. Die Eltern müssen zwingend mit einbezogen werden. Wenn es Elternhäuser nicht gibt, muss Schule selbstverständlich den Erziehungsauftrag mit wahrnehmen. In diesem Zusammenhang muss das Ganztagsschulsystem weiter ausgebaut werden; es darf nicht nur Privileg für eine Schulform sein.

- Seit 2005 sind die Plätze für unter Dreijährige verachtfacht worden, die Grundschulklassen mit über dreißig Kindern haben landesweit um 750 abgenommen, die Ganztagsplätze in der Grundschule sind von 71.000 auf 202.700 angestiegen und werden im nächsten Schuljahr auf 225.000 ansteigen, ist der Unterrichtsausfall massiv reduziert worden von 4,4 % auf 2,3 %. Natürlich reicht das alles noch nicht, aber immerhin sind seit 2005 jährlich 1,4 Milliarden Euro mehr für Kinder ausgegeben worden. Und wir sind mit der Steigerung erst am Anfang.

- Es ist nicht nur der Umfang des Geldes, der ausschlaggebend ist. Es müssen zwei Faktoren hinzukommen: Wie und wo setze ich es ein? Die Gerichte haben zu Recht festgestellt, dass die Sätze für Hartz-IV-Kinder zu gering bemessen sind, das ist die eine Seite. Auf der anderen Seite möchte ich sichergestellt wissen, dass mehr Geld den Kindern zugute kommt und nicht von Eltern in andere Kanäle fließt, in neueste technische Geräte gesteckt in oder Kommunionskleidung oder mit den Kindern gemeinsam auf der Cranger Kirmes verjubelt wird. Ich will das nicht verallgemeinern, aber es gibt diese Fälle.

- Untersuchungen haben ergeben, dass nicht nur der Einsatz von Finanzmitteln entscheidend ist für den Erfolg eines Bildungssystems, sondern auch das Ansehen des Lehrerberufs. Politiker dürfen den Lehrerberuf nicht immer wieder schlecht reden.

- Bei den Finanzen werden Land und Bund weitere Anstrengungen unternehmen. Aber auch die Kommunen müssen bei einer gemeinsamen Anstrengung andere Prioritäten setzen; so muss die Debatte geführt werden, ob wir ein weiteres Konzerthaus in der Region brauchen.

- Ich will für eine eventuelle Arbeitsgruppe einen Vertreter der CDU-Ruhrgebiet benennen, damit wir ein ordentliches, gemeinsames Konzept auf den Weg bringen. Denn im Ziel sind wir uns wohl einig – wir müssen etwas tun, damit uns nicht eine ganze Region im Land wegrutscht.

- Ich habe mich in den vergangenen Jahren dafür stark gemacht, dass alle Kinder im Land die gleichen Chancen haben, ohne Gleichmacherei zu betreiben. Die Menschen sind unterschiedlich und ich bin ein großer Anhänger individueller Förderung. Individuelle Förderung ist nur in anderen Strukturen möglich, als wir sie heute haben – das ist völlig unbestritten. Z. B. brauchen wir in sozial schwierigen Lagen kleinere Klassen als in Düsseldorf-Kaiserswerth. Auch Sprachförderung braucht man im Ruhrgebiet, in Wuppertal und Köln eher als im Kreis Steinfurt, Coesfeld oder im Hochsauerlandkreis. Für mich und meine Partei hatte die Bildungspolitik in den vergangenen Jahren absoluten Vorrang. Ob das alles richtig war, darüber können wir streiten. Aber den Vorrang werden wir fortsetzen.

PODIUMSDISKUSSION

Kernaussagen Tina Jelveh
BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

- Benachteiligte Kinder im Ruhrgebiet brauchen in der Frühförderung vor allem Sprachförderung durch qualifiziertes Personal. Außerdem benötigen wir wegen des "Sozialäquators" im Ruhrgebiet Regionalplanung, getragen von der kommunalen Zusammenarbeit.

- Um U-3-Betreuung und Ganztagsschulen hinzubekommen, müssen wir ziemlich viel Geld in die Hand nehmen. Überhaupt wird für Bildung mehr Geld benötigt.

- Wir müssen die Bildung in unserer Region nachhaltig verändern. Man steckt noch zu sehr in alten Strukturen, davon müssen wir uns lösen und neue Schritte wagen.

- Ich finde es sehr problematisch, Herr Wittke, dass Sie von den Kommunen etwas fordern. Sie kennen das doch aus Gelsenkirchen, dass die Stadt finanziell ausblutet. Ich komme aus Herne, da ist das genauso. Wir können die U-3-Quote gar nicht erfüllen, obwohl wir heute gelernt haben, dass es besonders wichtig ist, in den frühen Phasen anzusetzen, damit wir später nachhaltigen Erfolg haben. Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass man von den Kommunen, die eh nichts haben, nichts fordern kann. Die Landesregierung und der Bund müssen sich hier engagieren, damit die Schere zwischen armen und reichen Kommunen nicht noch weiter auseinander geht.

- Ich setze mich dafür ein, aus der Kohleregion Ruhr die Bildungsregion Ruhr zu machen. Wir müssen so viel Geld in Bildung investieren, dass der Bildungserfolg nicht mehr von der sozialen Herkunft abhängig ist.

PODIUMSDISKUSSION

Kernaussagen Lars Rettstadt
FDP

- Benachteiligte Kinder im Ruhrgebiet brauchen vor allem Frühförderung in Kindergarten und Grundschule in Gestalt von Förderketten; dabei müssen die Familien mitgenommen werden, auch die sogenannten bildungsfernen Familien.
- Die CDU-FDP-Regierung hat die frühkindliche Förderung eingeleitet. Vorher gab es das in der Form nicht. Bei der Betreuung U3 gab es Plätze um die 3 %, die steigen jetzt deutlich durch das Kinder-Bildungs-Gesetz. Wir haben 8.000 Lehrerstellen mehr. Darüber hinaus sind auf dem Markt keine verfügbar. Über den Sozialindex sind nach Dortmund 50 Lehrerstellen gekommen.
- Wir geben, gemessen am Bruttosozialprodukt, deutlich zu wenig Geld aus.
- Wir brauchen kleinere Klassen. Wir können aber nicht in 5 Jahren alles, was Vorgängerregierungen versäumt haben, aufholen.
- Die Statistik zeigt bei der Auflösung der Grundschulbezirke, dass es in Dortmund kaum Verschiebungen gegeben hat. Die Behauptung, es sei schwieriger geworden, ist nicht zu belegen.
- In der nächsten Legislaturperiode muss die Landesregierung mehr Geld für die frühkindliche Bildung zur Verfügung stellen.
- Steuererhöhungen und mehr Geld bringen es nicht unbedingt.
- Ich setze mich dafür ein, dass Kinder, unabhängig vom Einkommen der Eltern, dieselben Chancen haben. Sinnvolle Fördersysteme müssen ausgebaut werden. Eltern müssen sich um ihre Kinder kümmern und ihnen vermitteln, dass Bildung wichtig ist.

PODIUMSDISKUSSION

Kernaussagen Bärbel Beuermann
DIE LINKE

- Benachteiligte Kinder im Ruhrgebiet müssen vor allem Chancengerechtigkeit erfahren. Kinder bestimmter Schulformen und bestimmter Stadtbezirke werden leider heute stigmatisiert.

- Eine Bildungsoffensive Ruhrgebiet mit der Frühförderung ist ein immens wichtiger Faktor. Die Eltern müssen mitgenommen werden. Die RAA (Regionale Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien) und die Familienzentren sind ein guter Weg, wenn sie entsprechend ausgestattet sind; ohne gute personelle Ausstattung ist das eine Luftnummer.

- Wir haben in unseren Kommunen genug Ideen für die Förderung von Kindern, aber uns fehlt das Geld dazu.

- Gestatten Sie mir eine Vision: Ich wünsche mir in den Problemstadtteilen gut ausgestattete Familienzentren, Anlaufstellen für Familien wegen Beratung und Förderung. Dazu gehört z. B. auch Ergotherapie. Das Memorandum macht zu allem gute Vorschläge. Wir müssen das jetzt in Angriff nehmen.

- Wir wünschen uns ein absolut kostenfreies Bildungssystem im Gegensatz zu dem, was aktuell läuft.

PODIUMSDISKUSSION

Kernaussagen Reinhard Frind
Städtetag NRW

- Mich hat keiner der bisherigen Beiträge aus der Politik überzeugt, weil ich nicht das Gefühl habe, dass irgend jemand eine Bildungsoffensive in diesem Land will. Keiner will Ungleiches wirklich erkennen. Wir vermissen seit Jahren im Land einen Bildungsbericht, aus dem man die Unterschiede erkennen kann.

- Wir werden mit Weisungen zugeschüttet, wenn wir als Ruhrkommunen versuchen, das dritte Kindergartenjahr kostenlos anzubieten. Das wird untersagt, weil wir Haushaltsprobleme haben. Wir werden sogar gezwungen, Kindergartenbeiträge zu erhöhen, während das Land die alte Finanzierung geändert hat.

- Auch in den Berichten der Zukunftskommission ist das Bildungsthema ganz wenig abgehandelt. Die platte Erkenntnis, dass wir in diesem Land nur eine Zukunftschance haben, wenn wir in Bildung investieren, kommt nicht vor. Auf Bundesebene wird sogar gerechnet, wie man statistisch 10,8 % des Brutto-inlandsproduktes für Bildung nachweisen kann ohne finanzielle Mehrauf-wendungen.

- Ganz praktische Dinge wie Kindergartengruppen mit der Relation 1:8 passieren nicht, niemand begibt sich auf diese Reise. Wir haben einen Klassenfrequenzwert von 24 in der Grundschule, egal wie die soziale Lage in dem Stadtteil ist. Warum unternimmt man nichts? Das ist durch einen Federstrich der Landesregierung zu erledigen.

- Ich würde mich freuen, wenn wir die 4 Milliarden Bundesmittel für frühkindliche Bildung auf die kommunale Ebene bekämen. Auch da klagen wir gerade gegen das Land, um an die Gelder zu kommen.

- Wir haben im Ruhrgebiet mit dem RVR eine politische Klammer. Der RVR hat insofern einen Webfehler, weil er keine Zuständigkeit für Bildung besitzt. Diesen Webfehler kann man beseitigen, wenn man das möchte. Hier treffen sich alle Umwelt-, alle Kultur-, alle Planungsdezernenten. Warum treffen sich hier nicht alle

Schuldezernenten? Das würde zum Erkenntnisgewinn beitragen. Die Landesregierung müsste das wollen und ihren Beitrag dazu leisten. Und die Vertreter der politischen Parteien im Ruhrgebiet müssten zum Ausdruck bringen, dass sie auf dieser Baustelle arbeiten wollen. Übrigens brauchen wir wahrscheinlich nicht nur einen Masterplan Bildung Ruhrgebiet, sondern auch einen für Köln und andere Großstädte. Und auch den Verschuldungen der Kommunen muss man nicht nur im Ruhrgebiet nachgehen. Man muss sich bei allem an den realen Problemen orientieren.

- Wer arme Kinder unterstützt, der sollte gewählt werden. Und wer das nicht tut, sollte in die Wüste geschickt werden.

PODIUMSDISKUSSION

Kernaussagen Alfons Kunze
GEW AG Masterplan Bildung Ruhrgebiet

- „Bisher wird fast alles in die Nachsorge investiert, nämlich in einen Sozialstaat, der versucht, die Kinder aus dem Brunnen zu fischen, in die er sie hat fallen lassen.“ (Jutta Allmendinger) Gemessen an den Fußball-Ligen entsprechen die bisherigen politischen Anstrengungen, das zu ändern, der Kreisklasse. Um für Kinder aus prekären Verhältnissen etwas zu erreichen, muss auf Champions-League-Niveau gehandelt werden.

- Für Bildung muss man die Einnahmeseite des Staates verändern.

- Wir brauchen ein abgestimmtes Bildungs-, Finanzierungs- und Sozialstaats-konzept. Außerdem müssen die Zuständigkeiten geklärt werden. Bisher werden die Verantwortlichkeiten wie eine heiße Kartoffel zwischen staatlichen Ebenen und verschiedenen Ministerien hin und her jongliert.

- Für einen Masterplan Bildung Ruhrgebiet muss man die Wohngebiete der Bildungsverlierer identifizieren, Förderketten einrichten und finanzieren sowie regional gemeinsam handeln. Beim letzten Aspekt ist mir völlig unverständlich, warum die CDU-Fraktion im letzten Sommer im Ruhrparlament den Masterplan Bildung völlig vor die Wand fahren ließ, obwohl die CDU in ihrer Programmatik etwas völlig anderes aussagt.

- Es ist dafür zu sorgen, dass für arme Kinder bezahlt wird. Wir wissen, wie viel Tolles mittlerweile schon in den Städten existiert. Leider kann das nicht zur vollen Entfaltung kommen. Frau Stöbe-Blossey fordert 7.400 Euro. Ich glaube, es sollten eher 10.000 Euro sein, die während der ersten zehn Lebensjahre für jedes von Armut betroffene Kind zusätzlich ausgegeben werden. Ich werde mich weiter dafür einsetzen.

PODIUMSDISKUSSION

Kernaussagen Michael Rosellen
AWO Niederrhein (Memorandum Kinderarmut)

- Entscheidend ist, dass endlich im Sinne der Verfassung etwas für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in unserem Land getan wird. Danach sind die höchsten Kindergartenbeiträge in der ärmsten Kommune einfach undenkbar. Kommt es doch vor, hat die Landesregierung klar versagt. Allen Kindern, auch denen aus armen Verhältnissen, muss Teilhabe ermöglicht werden (Kinobesuch, Kleidung, Ernährung, Gesundheit, Bildung, Kultur, Sport, Jugendverbände, politische Bildung u. a.).

- Damit die Chancen armer Kinder besser sind als die ihrer Eltern, muss man den Kindern in erster Linie Mut machen. Aus Sicht der Arbeiterwohlfahrt und aus Sicht anderer Verbände ist es wichtig, vor Ort zu sein, Hilfe anzubieten, offen zu sein und sich nicht von dem erschrecken zu lassen, was uns die Wissenschaft schon seit Jahren erzählt. Wir als Verband sehen, was im Land passiert; bei der Politik vermisse ich das oft.

PODIUMSDISKUSSION

Nachfragen und Beiträge aus dem Publikum (Kernaussagen)

- Es gibt Forderungen, die mich überzeugen. Wir müssen mehr Geld in die Hand nehmen, um mehr Personal in die Bildungslandschaft zu bekommen.

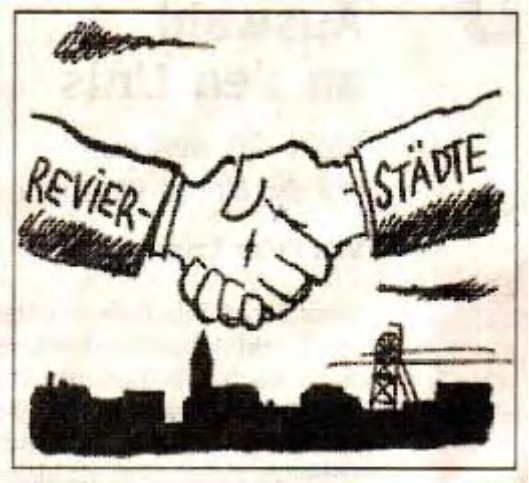
- Mit Blick auf den Masterplan Bildung Ruhrgebiet sollten wir feste Verabredungen treffen. Ich möchte Sie, Herr Wittke, als Vorsitzenden der CDU Ruhrgebiet auffordern, dass wir parteiübergreifend eine Arbeitsgruppe bilden, deren Vorsitz Sie übernehmen sollten. Ich bin bereit, die Geschäftsführung zu machen.

- Richtig böse fand ich die Äußerung von Herrn Wittke über Hartz-IV-Eltern, die Geld für unsinnige Dinge ausgeben. Das gibt es natürlich. Aber warum muss man das so betonen? Es gibt eine repräsentative Untersuchung dazu aus Nürnberg, die zeigt: Eltern in der Situation sparen zuerst am Urlaub, dann an der Wohnungseinrichtung, dann an der Kleidung für Vater und Mutter, dann an Kinobesuchen, dann an Kinderspielzeug, dann an Hobbys, dann an Kinderkleidung, dann an Schulausgaben und zu allerletzt an Lebensmitteln für die Kinder. Das sind die Fakten.

- Man kann auch ohne Geld etwas tun. Warum hat die jetzige Landesregierung die Grundschulbezirke aufgelöst? Das ist Segregationspolitik. Dadurch verstärkt man noch, dass arme und ausländische Kinder unter sich bleiben.
- Angesichts ungleicher Finanzausstattung der Kommunen fühle ich mich im Ruhrgebiet mit Blick auf die pädagogischen Aufgaben extrem benachteiligt.
- Ich werde die Partei wählen, die armen Kindern die meisten Chancen eröffnet. Nach meinem Studium möchte ich helfen, bessere Strukturen zu schaffen.
- Wir sollten konkret handeln und die parteiübergreifende Arbeitsgruppe einrichten.

SCHLUSSWORT

Karl Keining
GEW AG Masterplan Bildung Ruhrgebiet



- Mehr Bildung durch Frühförderung erreichen
- Ruhrregional Zukunft gewinnen
  - Lebenschancen von Kindern fördern
  - Strukturschwäche überwinden
  - Sozialer Segregation entgegenwirken
- Das Revier als Modellregion für Bildung und Frühförderung

Es war ein vielstimmiger Chor mit vielfältigen Themen und Gesichtspunkten, den uns Politik und Experten vorgeführt haben. Als Vertreter des Veranstalters, der AG Masterplan Bildung Ruhrgebiet, möchte ich noch einmal kurz unser Anliegen zusammenfassen.

- Das in allen Kommunen vorhandene Frühwarnsystem ist weiterzuentwickeln zu einem Frühfördersystem. So ist mehr Bildung zu erreichen. Davon sind wir noch ein ganzes Stück weit entfernt.
- Diese Region hat den Vorteil, eine organisatorische Klammer in Gestalt des RVR zu besitzen. Reinhard Frind und Klaus Ammoneit haben schon in anderem Zusammenhang darauf hingewiesen. Der RVR hat zusammen mit der Metropole Ruhr das Megathema Bildung angepackt. Damit gibt es einen Aufschlag zu einer Bildungsregion Ruhr 2018 – das ist gut und richtig so. Auf diese Weise ist ruhrregional Zukunft zu gewinnen.
- Im Zusammenhang mit der Abbildung weise ich noch einmal darauf hin: Die Kooperation in der Frühförderung – man sollte sich vielleicht bescheiden und sich nicht das gesamte Bildungsthema auf einmal vornehmen – wäre ein wichtiger

Schritt vorwärts in der Zusammenarbeit der Kommunen. Die meisten Ruhrkommunen könnten übrigens ausgezeichnete Beispiele in diesen Pool einbringen. Das Ruhrparlament ist jetzt dringend gefragt.

- Die Frage der Finanzen ist äußerst schwierig. Trotzdem muss man anfangen. Man kann Zukunftsplanung nicht auf die Zeit verschieben, wenn mal wieder genügend Geld vorhanden ist (das wird vermutlich nie der Fall sein). Wie wäre es denn, wenn diese Region mit einem überzeugenden Konzept für Frühförderung die anderen staatlichen Ebenen mit ins Boot holte! Ohne die geht es nicht. Das Konzept muss her und dann entsteht der notwendige politische Druck. Damit kann man die Lebenschancen von Kindern fördern. Bildungsreserven sind ja im Ruhrgebiet vorhanden – wir müssen nur in unsere Problemregionen und -zonen gucken.

- Noch kurz zu dem Hartz-IV-Urteil des Bundesverfassungsgerichtes: Heribert Prantl, ein sehr profilierter Journalist der Süddeutschen Zeitung, hat in einem Kommentar unser Anliegen folgendermaßen ausgedrückt: "Der Sozialstaat muss der Schicksalskorrektor für Kinder sein, die in armseligen Verhältnissen geboren werden." – Das mag etwas pathetisch klingen, dadurch wird es aber nicht unrichtig.

- Andererseits, wenn ich Individuen fördere, helfe ich gleichzeitig mit, die immer noch deutlich vorhandene Strukturschwäche in dieser Region zu überwinden. Wir haben heute von Ausbildungsfähigkeit, von Fachkräftemangel, von mangelhaften Abschlussquoten (Abitur, Studienabschlüsse) gehört. Das Engagement auf diesem Sektor hilft dem einzelnen Kind, aber auch der Region. Und dadurch sozialer Segregation entgegenzuwirken bzw. soziale Milieus zu stabilisieren, ist im Grunde genommen ein Wert an sich.

- Das Ruhrgebiet wird oft von Wissenschaftlern als Entwicklungslabor in Sachen Demografie bezeichnet, weil wir in der Entwicklung – viele alte Menschen, weniger Kinder – anderen Regionen etwa 15 Jahre voraus sind. Kooperierende Revierkommunen könnten eine Modellregion für den Umgang mit Demografieproblemen einerseits und andererseits eine Modellregion für Bildung und Frühförderung schaffen. Das wäre ein starkes Signal im europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung.

Dokumentation

Symposion 1. März 2010

Bildungsoffensive Ruhrgebiet: Modellregion für Bildung und Frühförderung

MATERIAL

Inhalt

Einladungsflyer 67

Schaubild 69

Ruhrgebietsplattform – Mehr Bildung durch Frühförderung 72

Veröffentlichungen zum Symposium

- Modellregion für Frühförderung
  neue deutsche schule (nds), Ausgabe 3-2010 76
- Initiative will Chancengleichheit für die Hinterhöfe
  Der Westen, Ausgabe vom 07.08.2010 77
- Bildungskrise an der Ruhr
  die tageszeitung (taz), Ausgabe vom 28.04.2010 79

Redemanuskript von Tina Jelveh, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN 82

Redemanuskript von Bärbel Beuermann, DIE LINKE 88

Memorandum zur Kinderarmut
http://www.nrw.dgb.de/Aktionen/Kinderarmut/Memorandum.pdf

Forderung eines Sofortprogramms in NRW zur Bekämpfung der Kinderarmut
http://www.masterplan-bildung-ruhrgebiet.de/images/stories/pdf/sofortprogramm_kinderarmut.pdf

MATERIAL

Einladungsflyer (1)

Organisatorische Hinweise

Veranstaltungsort
Plenarsaal beim Regionalverband Ruhr
Kronprinzenstr. 35
45128 Essen
Tel. 0201/ 2069 – 0

Veranstalter
GEW AG Masterplan Bildung Ruhrgebiet
(Essener Str. 88, 45899 Gelsenkirchen)
in Zusammenarbeit mit
GEW-Landesverband NRW
GEW-Untergliederungen im Ruhrgebiet
IAQ (Institut Arbeit und Qualifikation)
Universität Duisburg-Essen
ZEFIR (Zentrum für interdisziplinäre Regional-Forschung)
Universität Bochum

Termin
Montag, 1. März 2010
16.30 Uhr – 21.00 Uhr

Anmeldung
Um Antwort per Mail (gew-ge@gmx.de),
Telefon 0209/ 51 37 59 (Mo. und Do. 9 – 12, Di. und Mi. 15 – 18), Fax 0209/ 51 42 07 oder Post (GEW Gelsenkirchen, Essener Str. 88, 45899 Gelsenkirchen) wird gebeten.
Beschränkte Teilnehmerzahl, Bitte um rasche Anmeldung.

Anreise
Orientierungspunkt Essen Hauptbahnhof, siehe Kartenskizze

Essen, südöstliche Innenstadt

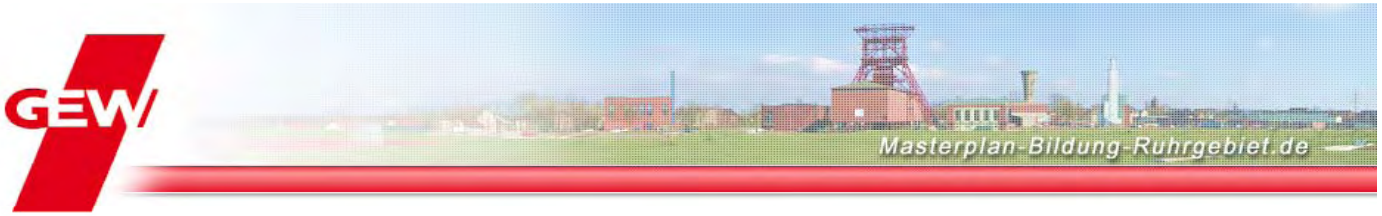
GEW Masterplan Bildung Ruhrgebiet

Symposion
Einladung und Programm

Bildungsoffensive Ruhrgebiet: Modellregion für Bildung und Frühförderung

1. März 2010, 16.30 Uhr
Essen, Plenarsaal des Regionalverbands Ruhr

www.masterplan-bildung-ruhrgebiet



MATERIAL

Einladungsflyer (2)

Bildungsoffensive Ruhrgebiet: Modellregion für Bildung und Frühförderung

Sehr geehrte Damen und Herren!
Liebe Kolleginnen und Kollegen!

„Bildung von Anfang an" ist das effektivste Mittel gegen Bildungsarmut. Investitionen in die ersten zehn Lebensjahre eines Kindes haben einen **langfristigen und nachhaltigen volkswirtschaftlichen Effekt.** – Umgekehrt: Je später wir uns um die Entwicklungschancen von Menschen kümmern, desto ineffizienter und teurer ist es.

Kinder des Ruhrgebietes, die unter benachteiligenden und benachteiligten Lebensbedingungen aufwachsen, brauchen besondere Hilfen. In zahlreichen Wohnquartieren unserer Region gibt es dramatischen Handlungsbedarf.

Im August 2009 haben AWO, Kinderschutzbund und Paritätischer Wohlfahrtsverband zusammen mit dem DGB NRW und der GEW NRW das **Memorandum Kinderarmut** vorgelegt. Das 10-Punkte-Programm fordert eine präventive Ausrichtung der Kinder- und Jugendhilfe sowie des Bildungssystems.

Was ist zu tun angesichts der demografischen Entwicklung und angesichts der katastrophalen finanziellen Situation der Städte?

Wir laden Sie herzlich ein: Loten Sie diese für die Zukunft zahlreicher Revierkinder - aber auch für die Zukunft der gesamten Region - zentrale Frage und mögliche Lösungsansätze mit uns gemeinsam aus.

Norbert Müller
GEW NRW
Stellv. Vorsitzender

Alfons Kunze
AG Masterplan Bildung Ruhrgebiet

Veranstaltungsprogramm

16.30 Uhr **Einlass/ Stehkaffee**

17.00 Uhr **Grußworte**
Heinz-Dieter Klink
Direktor des Regionalverband Ruhr
Guntram Schneider
Vorsitzender des DGB NRW

17.30 Uhr **Bildungsarmut im Ruhrgebiet - kein Wille, kein Weg? (Bilanz 2000 – 2010)**
Norbert Müller
Stellv. Vorsitzender der GEW NRW

17.50 Uhr **Daten für Taten - ausgewählte sozialstatistische Daten aus den Ruhrkommunen**
Volker Kersting
ZEFIR (Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung)
Universität Bochum

18.10 Uhr **Nachfragen aus dem Plenum**

18.20 Uhr **Wege zur Chancengleichheit - Frühförderung ruhrregional**
Dr. Sybille Stöbe-Blossey
IAQ (Institut Arbeit und Qualifikation)
Universität Duisburg-Essen

18.40 **Nachfragen/ Beiträge aus dem Plenum**

18.50 Uhr **Kleiner Imbiss**

19.10 Uhr **Podium: Bildungsregion Ruhr 2018 – wie geht es weiter? (mit der Förderung von 0 - 10)**
SPD Sören Link
CDU Oliver Wittke
B 90/Die Grünen Tina Jelveh
Die Linke Bärbel Beuermann
FDP Lars Rettstadt

Experten:
Städtetag: Reinhard Frind
AWO: Michael Rosellen
GEW: Alfons Kunze

Moderation:
Cornelia Benninghoven
Journalistin, Köln

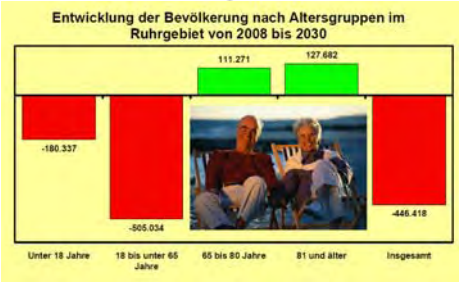
Zwischendurch Fragen und Beiträge aus dem Plenum

20.40 Uhr **Schlusswort**

MATERIAL

Schaubild

Weniger Kinder und mehr alte Menschen
Das Ruhrgebiet, Laboratorium des demografischen Wandels (Quelle: RVR)



„Je früher im Leben wir vom Schicksal benachteiligte Kinder fördern, desto größer ist die Aussicht auf Erfolg.“
These des Wirtschaftswissenschaftlers und Nobelpreisträgers James Heckman
(FAZ vom 19.08.2008)

„Wir investieren ja zurzeit fast alles in die Nachsorge. In einem Sozialstaat, der versucht, die Kinder aus dem Brunnen zu fischen, in den er sie hat fallen lassen.“
Prof. Jutta Allmendinger, Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin
(taz vom 04.12.2007)
(Karikatur: WAZ vom 15.01.2008)

„Bildungsreserven sind in ausreichendem Maße in den sozial gefährdeten Stadtteilen unserer Kommunen zu finden.“
RUBS – Ruhrgebietsdatenbank zu Bildung & Sozialem: Kleine Zahlenauswahl

Indikator	RVR	NRW (ohne RVR)	BRD
Kinderarmut (Sozialgeldempfänger/-innen unter 15 Jahre) 31.12.2007 (*)	24,1 %	17,9 % (15,6 %)	16,4 %
Betreute Kinder in Tageseinrichtungen unter drei Jahren	4,4 %	5,3 %	12,3 %
Betreute Kinder in Tageseinrichtungen von drei bis unter sechs Jahren	79,7 %	83,4 %	89,3 %
Säuglingssterblichkeit (je 1000 Lebend-geborene)	5,3	4,8	3,9

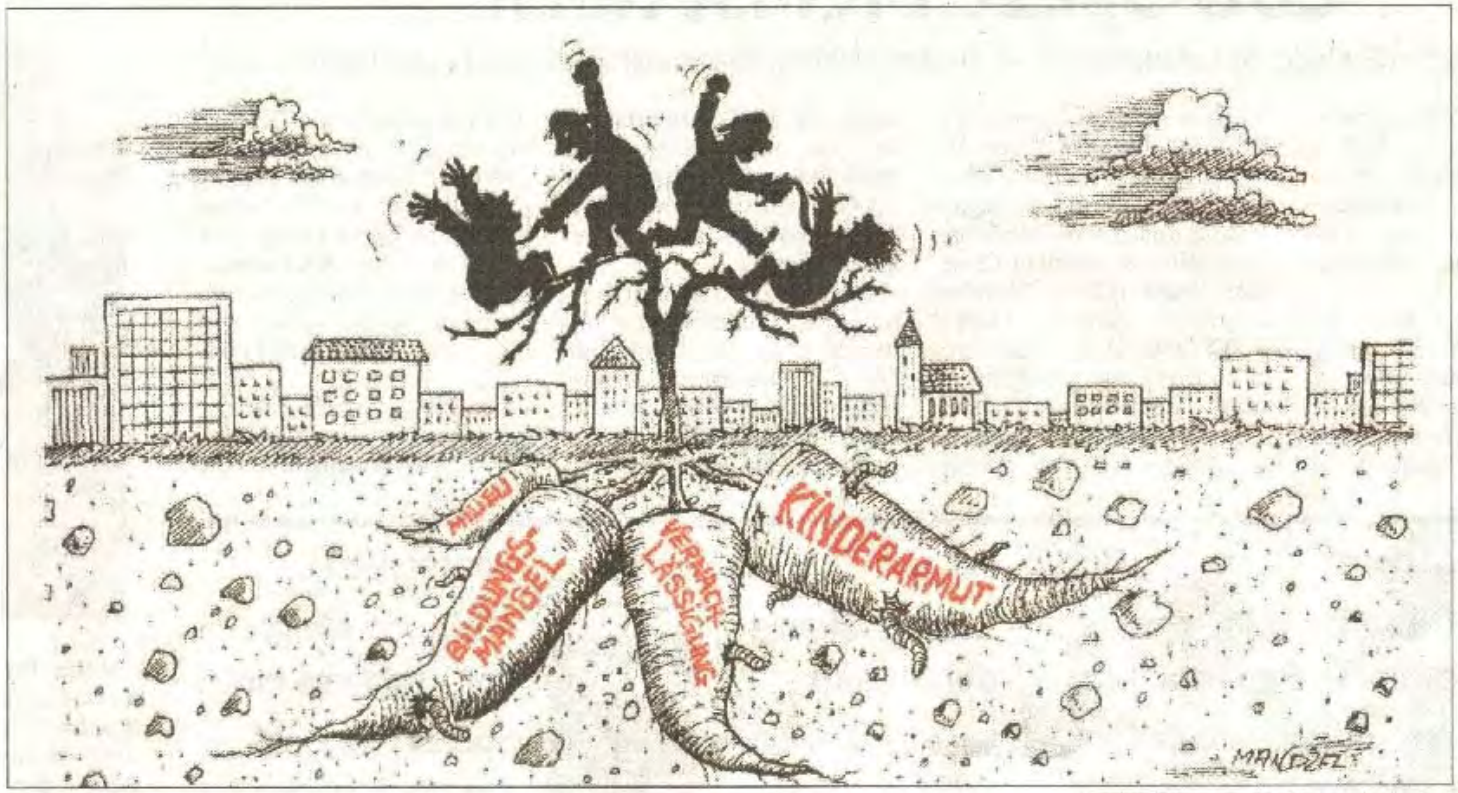
(*) Datenquelle:
Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt

MATERIAL

Schaubilddetail (1)

Die Wurzeln allen Übels

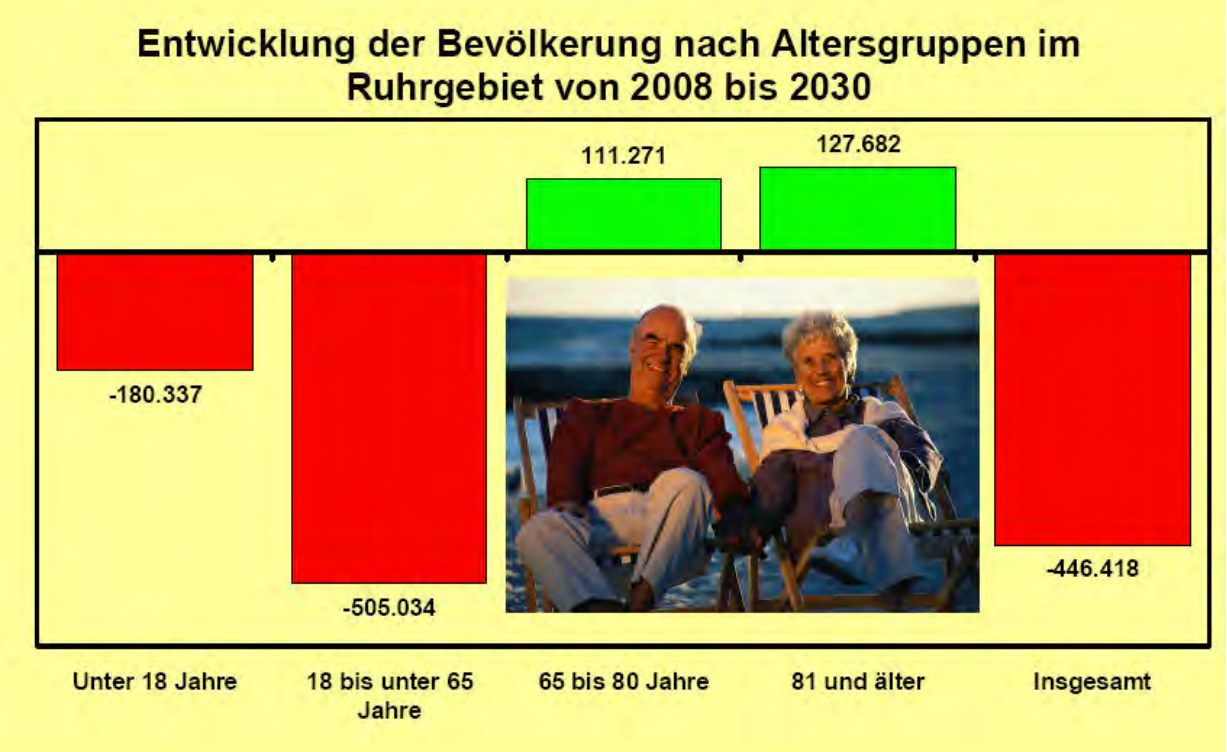
WAZ 15.1.08



WAZ-Zeichnung: Waldemar Mandzel

MATERIAL

Schaubilddetail (2)



MATERIAL

Ruhrgebietsplattform

Dezember 2009

10 Jahre Gelsenkirchener Manifest

Ruhrgebietsplattform: Mehr Bildung durch Frühförderung

Bald jährt sich zum zehnten Male die Verabschiedung des „Gelsenkirchener Manifest“ (02.02.2000) zur Kinder- und Bildungsarmut im Revier. Es wurde damals einmütig von den Ruhruntergliederungen der GEW initiiert und vom Landesverband unterstützt. Alles drehte sich um die Frage:

Welche Hilfen brauchen Kinder des Ruhrgebietes, die unter benachteiligten und benachteiligenden Lebensbedingungen aufwachsen?

Seit 2006 ist die GEW-Arbeitsgruppe „Masterplan Bildung Ruhrgebiet“ in Kooperation mit den regionalen Untergliederungen erneut tätig. Im August 2009 haben der DGB NRW mit der GEW NRW und Wohlfahrtsverbänden das Memorandum Kinderarmut vorgelegt. Das 10-Punkte-Programm fordert eine präventive Ausrichtung der Kinder- und Jugendhilfe sowie des Bildungssystems.

Bekommen „arme“ Kinder inzwischen die notwendigen Hilfen?

Die Situation lässt sich aus heutiger Sicht wie folgt skizzierend zusammenfassen:

- Die Zahl der Betroffenen – damals schon gravierend – ist im Verlauf der 10 Jahre stark angestiegen.
- In den 53 Gemeinden, die zum Regional Verband Ruhrgebiet (RVR) gehören, existieren einerseits zahlreiche einzelne und sehr unterschiedliche Initiativen und Projekte zur Eindämmung von Kinder- und Bildungsarmut, andererseits leiden diese Kommunen unter eklatantem Geldmangel.
- Es gibt Maßnahmen des Bundes und des Landes wie z. B. offene Ganztags-

schulen im Primarbereich, verpflichtende vorschulische Sprachtests und -förderung, den Ausbau von Kindertagesstätten zu Familienzentren sowie Finanzhilfen für „arme“ Kinder zum jeweiligen Schuljahresbeginn.

- Wissenschaft, Wirtschaft, Handwerk und andere fordern fast unisono mehr höherwertige Schul- und Studienabschlüsse; mal werden die Forderungen mit den demografischen Gegebenheiten, mal mit den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Erfordernissen begründet. Das Steigerungspotential ist ausschließlich in den problematischen Sozialräumen der Kommunen zu finden.

- In ihrer Grundsatzprogrammatik unterstreichen die Parteien inzwischen in weitgehender Übereinstimmung den Wert von Bildung im Allgemeinen sowie die Notwendig- und Sinnhaftigkeit von Frühförderung im Besonderen.

- Der RVR hat jüngst sein zukunftweisendes Konzept „Masterplan Bildung Ruhr“ vorgelegt, welches vom RVR-Parlament jedoch teils vom Tisch gewischt, teils auf die lange Bank geschoben wurde.

Als Fazit ergibt sich: Die Probleme sind im Gegensatz zum Jahre 2000 durchaus bekannt; sie werden von der Politik auch angegangen, jedoch nur zaghaft, zögerlich, zaudernd und ohne klares Konzept. Vor allem in sozial schwierigen Stadtquartieren greifen die Maßnahmen wegen Unterfinanzierung bei weitem zu kurz. Es fehlt der berühmte politische Gestaltungswille – anders als kürzlich bei der Rettung der „systemrelevanten“ Banken. Die Überzeugung, dass die Zukunft eines erheblichen Anteils unserer Kinder eben auch systemrelevant ist, muss noch wachsen. Wenn die Politik aller Ebenen letztlich wie beschrieben agiert, müssen die zivilgesellschaftlichen Kräfte, selbstverständlich auch die GEW, entsprechend Druck aufbauen.

Welche Zielvorstellungen verfolgt die GEW im Ruhrgebiet?

Will man die Idee der Chancengleichheit auch für die Kinder aus problematischen Wohnquartieren und gleichzeitig die Zukunftsfähigkeit des Reviers ernsthaft vorantreiben, so ist über die o. g. Aktivitäten hinaus und neben den Bestrebungen nach Veränderung der Schulstruktur sowie dem Ausbau der Ganztagsschule für die GEW das Folgende unabdingbar:

- Die prägenden Entwicklungsjahre zwischen 0 und 5 und zwischen 5 und 10 sind – wenn notwendig – präventiv und optimal zu nutzen. Es bedarf des Paradigmen-

wechsels, weil Prävention die oft zu späte und teure Krisenintervention vielfach überflüssig machen kann. Das sollte in Form einer Präventionskette geschehen.

- Intensive Frühförderung verhindert bei einer Vielzahl von Kindern den Teufelskreis von Anregungsarmut, Motivationsverlust und Perspektivlosigkeit. Die Kompetenzen für schulisches Lernen werden entscheidend verbessert, die Zahl der Bildungsverlierer und Schulversager deutlich verringert.

- Wir brauchen dringend ein regional abgestimmtes Konzept zur Frühförderung, das auf Vorhandenem aufbauend Transparenz, Transfer, Kooperation, Vernetzung und damit Synergien schafft. Nicht kleinteiliges Planen und Handeln bringt den Fortschritt, sondern Zusammenarbeit in der Metropolregion.

Was sind die anstehenden nächsten Schritte?

- Wir ermuntern die Verwaltung des RVR und die Metropole Ruhr GmbH, das Thema Bildung bzw. Frühförderung auch weiterhin energisch zu verfolgen.

- Wir fordern das neu zusammengesetzte Parlament des RVR auf, nun endlich für den Masterplan Bildung Ruhr Strukturen zu entwickeln und eine seriöse Regional- und Finanzplanung vorzunehmen.

- Es gilt, Vorreiter unter den Kommunen des Reviers zu gewinnen bzw. zu bestärken, die nicht nur für sich den Bereich der Frühförderung systematisch vorantreiben, sondern die auch bewusst als Teil der ganzen Region agieren.

- Die Abgeordneten des Ruhrgebietes, die auf Landes- und Bundesebene tätig sind, müssen deutlicher als bisher in die hiesigen Belange und Relevanzen eingebunden werden. Föderales Denken und Handeln darf nicht die Lösung drängender Probleme verzögern oder gar verhindern.

- Über das bisher erreichte, durchaus beträchtliche Maß hinaus sollten sich die zivilgesellschaftlichen Gruppierungen für die Thematik engagieren und gewissermaßen als Katalysatoren tätig sein.

Und die Frage der Ressourcen?

- Der Paradigmenwechsel (mehr Prävention, weniger Intervention) kostet zunächst eine Menge Geld. Mittel- bis langfristig sind jedoch deutliche Einspareffekte zu erwarten.

- Der Anfang kann mit Eigenmitteln des RVR, der Metropole Ruhr bzw. der einzelnen Kommunen gemacht werden. Es gilt, Ressourcen zu verlagern und optimiert einzusetzen.

- In einem erweiterten Ansatz sind Mittel anderer staatlicher Ebenen bzw. der europäischen Union einzuwerben, denn ein abgestimmtes Bildungs-, Finanzierungs- und Sozialstaatskonzept, welches uns unerlässlich erscheint, ist nur durch Zusammenarbeit aller drei staatlichen Ebenen im Hinblick auf Kinder- und Bildungsarmut zu erreichen.

- Die Städte des Ruhrgebietes allein stecken hier mit über 15 Milliarden Schulden in einer Vergeblichkeitsfalle. Sie haben in der Regel einen hohen Sozialbelastungsindex. Wo das meiste Geld für Bildung und Betreuung gebraucht wird, fehlt es am allermeisten.

- Die GEW fordert als Grundlage für eine umfassende Lösung im Bildungsbereich die Aufstockung der öffentlichen Finanzmittel von 4,8 % auf zunächst 5,4 % des Bruttoinlandsproduktes.

Das Ruhrgebiet – Modellregion für Bildung und Frühförderung – ist ein Ziel, für das voller Einsatz lohnt.

MATERIAL

Veröffentlichungen zum Symposium (1)
neue deutsche schule (nds), Ausgabe 3-2010

Symposium „Bildungsoffensive Ruhrgebiet"

Modellregion für Frühförderung

Zur Bekämpfung der Kinder- und Bildungsarmut fordern GEW, DGB und Bildungsexperten eine umfassende „Bildungsoffensive Ruhrgebiet". Sie soll sich am erfolgreichen Muster der Kooperation der Ruhrgebietskommunen im Rahmen der „Internationalen Bauausstellung" (IBA) orientieren.

Fotos (von oben rechts nach unten links): Guntram Schneider, DGB-Vorsitzender NRW, Volker Kersting (Uni Bochum), Dr. Sybille Stöbe-Blossey, Uni Duisburg-Essen, Norbert Müller, stv. GEW-Landesvorsitzender NRW (Fotos: Bert Butzke)

Die Veranstaltung der Arbeitsgruppe „Masterplan Bildung Ruhrgebiet" in Kooperation mit der GEW NRW am 01. März 2010 traf auf reges Interesse.

Norbert Müller, der stellvertretende Landesvorsitzende der GEW NRW, traf „den Nerv" mit der Forderung, Frühförderung überall da sozialräumlich koordiniert „ans Kind zu bringen, wo die als kleinen Bildungsverlierer wohnen". Nur so könne der demografische Wandel nachhaltig gestaltet werden. Für die Umsetzung forderte er eine zusätzliche und stabile Einnahmequelle, um Bildungs- und Kinderarmut bekämpfen zu können: „Wir fordern ein zwischen Bund, Land und Kommunen abgestimmtes Bildungs-, Finanzierungs- und Sozialstaatskonzept."

Der Vorsitzende des DGB-Landesbezirks, *Guntram Schneider*, unterstützte die Initiative: „Wenn die Bildungschancen der Kinder und Jugendlichen nicht umgehend und entscheidend verbessert werden, haben wir in Zukunft einen massiven Facharbeiter- und Akademikermangel."

Volker Kersting, Ruhr-Universität Bochum, wies darauf hin, dass die Kinderarmut in vielen Wohngegenden des Ruhrgebietes 60 und mehr Prozent betrage. Der Mittelwert für NRW liege bei 16,8 Prozent, im Ruhrgebiet bei 25 Prozent. „Weniger Kinder, von denen immer mehr arm sind, brauchen in einer zunehmend überalterten Ruhrregion eine bessere Bildung", erläuterte Kersting. Bildungsinvestitionen in die frühen Jahren würden sich insbesondere bei benachteiligten Kindern auszahlen. Trotzdem würden diese Gelder bisher nicht aufgebracht.

Dr. Sybille Stöbe-Blossey, Universität Duisburg-Essen, stellte ihr Konzept für eine „Förderkette" für Kinder von 0 bis 10 Jahre aus Familien in benachteiligten Lebenslagen vor (vgl. Infos im GEW-Online-Archiv: webcode 229534). Die Kosten pro Kind betragen für eine zehnjährige Förderkette 7.400 Euro, zusätzlich zu den Regelleistungen von Kita und Grundschule. Dieses für Prävention aufgebrachte Geld könne weit höhere Kosten für spätere Interventionen, Sozialtransfers, usw. vermeiden.

Die anschließende Gesprächsrunde mit VertreterInnen der politischen Parteien des Ruhrparlaments war schon geprägt vom beginnenden Landtagswahlkampf. Es herrschte jedoch Einvernehmen über die Notwendigkeit, Frühförderung massiv auf eine breitere Basis zu stellen. *Reinhard Frind* (Städtetag NRW), *Michael Rosellen* (AWO) und *Alfons Kunze* (GEW) – machten deutlich, dass es statt populistischer Sprüche endlich auf die regionale Handlungsfähigkeit ankomme.

Karl Keining (AG Masterplan Bildung Ruhrgebiet) rief das RVR-Parlament sowie die Revierstädte zum gemeinsamen Handeln auf: „Gerade wegen der schwierigen Finanzlage müssen die anderen staatlichen Ebenen durch ein überzeugendes Konzept für Frühförderung mit ins Boot geholt werden."

Dr. Brigitte Schumann, Karl Keining und Alfons Kunze

MATERIAL

Veröffentlichungen zum Symposium (2)

Der Westen, Ausgabe vom 07.08.2010

DERWESTEN

Bildungswüste Ruhrgebiet

Initiative will Chancengleichheit für die Hinterhöfe

Politik, 12.03.2010, Matthias Korfmann

Essen. **In der Metropole Ruhr gibt es 20 Hochschulen. „Max Planck" und „Fraunhofer" forschen hier, Stiftungen fördern kluge Köpfe. Die Metropole schmückt sich damit . Von ihrer der Bildung abgewandten Seite ist selten die Rede: von Kindern, die nicht richtig sprechen lernen, von Jugendlichen, die nicht „ausbildungsfähig" sind.**

Von ihnen gibt es viele in der Metropole Ruhr. Viel mehr als im Rest von NRW oder im Rest der Republik. Das reißt am Ende noch das ganze Ruhrgebiet runter, meint eine „Initiative für Bildung und Frühförderung". Sie fordert die Kommunen und das Land auf, sich endlich mehr um die Benachteiligten zu kümmern und alle Kinder „zwischen 0 und 10 Jahren" besser zu fördern. Es geht, etwas überspitzt, um „Chancengleichheit auch für die Hinterhöfe".

Hinter der Initiative stehen das Institut für Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Uni Duisburg-Essen, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und das Zentrum für Regionalforschung (Zefir). Sie glauben, dass es erstens ein Recht auf gute Bildung für alle gibt und zweitens, dass wir wegen der vielen „Abgehängten" an der Ruhr auf einen erheblichen Fachkräftemangel zusteuern.

„Hier leben die Bildungsverlierer", sagt Alfons Kunze von der GEW. „Die Sprachstandsfeststellung 2009 hat gezeigt: In den Kernstädten des Ruhrgebiets hat jeder dritte Vierjährige Förderbedarf. In Duisburg, Gelsenkirchen und Oberhausen sind es sogar noch mehr." Ende 2008 erreichte das Thema Bildungsförderung an der Ruhr schon einmal höchste Aufmerksamkeit. Damals trafen sich im Gelsenkirchener Musiktheater 550 Gäste aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wollten eine „Bildungsregion Ruhr2018" auf den Weg bringen, sie wollten die „Ewigkeitslasten des Bergbaus" in den „Ewigkeitsnutzen von Bildung" verwandeln. Geschehen ist seitdem

offenbar wenig.

Im Gegenteil: Viele der Zahlen die das Zentrum Zefir zusammengetragen hat, schockieren: Im Ruhrgebiet gibt es mehr arme Kinder als im Bundesschnitt: 24 Prozent statt 16 Prozent der unter 15-Jährigen leben von Sozialgeld. Viel weniger Kinder finden einen Kita-Platz, sogar die Säuglingssterblichkeit ist ein Drittel höher. Das Problem ist schon lange bekannt. Es gibt einen gemeinsamen Plan der Städte, bis zum Ende des Steinkohle-Bergbaus im Jahr 2018 ein wesentlich höheres Bildungsniveau zu erreichen. Bisher blieb es beim frommen Wunsch.

„Die Kommunen können das gar nicht stemmen, die sind ja praktisch insolvent", sagt DGB-Landesvorsitzender Guntram Schneider zur WAZ. „Nur das Land könnte diese Investitionen ermöglichen", sagen die Väter und Mütter der „Bildungsoffensive Ruhrgebiet". Investitionen in die Köpfe würden sich am Ende doppelt auszahlen. Wer nicht investiere, zahle doppelt und dreifach drauf".

Auch Sybille Stöbe-Blossey vom Institut IAQ sieht das Ruhrgebiet auf dem Weg in eine Qualifizierungskrise: „Die Schere zwischen Qualifikationsniveau und Qualifikationsanforderungen auf dem Arbeitsmarkt öffnet sich immer weiter. Es droht eine Gleichzeitigkeit von Fachkräftemangel und Arbeitslosigkeit.

Völlig unverständlich ist nach Einschätzung der Lehrergewerkschaft GEW, dass das Land derzeit die so genannten „Sozialindexstellen" an den Grundschulen um 20 Prozent kürzt. Das sind zusätzliche Lehrerstellen, die vorrangig Grundschulen in sozialen Brennpunkten zugewiesen werden. Schon früher seien diese Stellen für Vertretungsunterricht zweckentfremdet worden. Nun aber werde würde auch noch gekürzt, ärgert sich Norbert Müller, Vize-Landesvorsitzender der GEW.

Bildungsförderung, da sind sie sich einig, müsste eigentlich schon während der Schwangerschaft beginnen. „Wir müssen die Kinder und ihre Familien früh erreichen. Wir brauchen eine Förderkette von 0 bis 10 Jahren", sagt Sybille Stöbe-Blossey. Mit genügend Kita-Plätzen, Beratungszentren und mehr als ein paar Euro fünfzig für die Sprachförderung von Vierjährigen.

MATERIAL

Veröffentlichungen zum Symposium (3)

die tageszeitung, Ausgabe vom 28.04.2010

ALARMIERENDES STUDIENERGEBNIS

Bildungskrise an der Ruhr

Die Region Ruhr hat eine Vorstudie für einen Bildungsbericht in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse sind miserabel: 25 Prozent Armut, bis zu 30 Prozent Schülerschwund.

Von B. Schumann & C. Füller

Schönes Panorama, bittere Realität: Das Ruhrgebiet wird älter und dümmer. Foto: dpa

Berlin *taz* | Das Papier liest sich wie ein Bericht Marke "The Day After", am Tag nach der Katastrophe. Die Autoren stellen fest, dass in der Region rund ein Viertel der Menschen in Armut lebt. "Dabei fallen die Armutsquoten umso höher aus, je jünger die Kinder sind." Zudem kann man manche Orte in der Gegend als aussterbende Areale bezeichnen. In Unna etwa wird die Zahl der 10- bis 16-Jährigen um satte 30 Prozent zurückgehen.

Man kann es kürzer fassen, was in der "Vorstudie Bildungsbericht Ruhr" steht: Das Ruhrgebiet wird älter – und dümmer. Die Frage ist: Was macht die Region mit diesen Erkenntnissen, die seit Dezember 2009 vorliegen? Die Antwort lautet: Sie veröffentlicht das Papier, das der taz exklusiv vorliegt, erst mal nicht. "Das ist ein spontaner Bericht", sagt Michael Schwarze-Rodrian, "er ist noch in Arbeit und nicht reif zu Veröffentlichung."

Schwarze Rodrian ist Projektleiter der Studie. Er arbeitet bei der Wirtschaftsförderung Metropole Ruhr GmbH, und was er sagt, klingt ein bisschen merkwürdig, wenn man in das Papier hineinsieht. Der Vorbericht besteht nicht etwa aus eilig zusammengehefteten Blättern, sondern ist ein stattliches, 121 Seiten starkes Druckwerk, das auf ziemlich aktuellen Zahlen beruht.

Beteiligte Forscher sagen, es handle sich um seriöses Papier mit Daten, die bekannt waren, die gleichwohl in der Zusammenstellung für eine Region "in dieser Deutlichkeit nicht erwartbar" gewesen seien. "Es handelt sich um schwerwiegende Probleme, die struktureller Art sind", sagte einer der Forscher der taz.

Die Wirtschaftsförderung sieht das ähnlich. "Es sind besorgniserregende Befunde", sagt ein Mitarbeiter der Wirtschaftsförderung. Zugleich aber hätten die Wissenschaftler Zahlen und Daten geliefert, "die hervorragend geeignet sind, um in Abstimmung mit den Städten die Bildung im Ruhrgebiet auf ein ganz anderes Niveau zu heben." Dass das Papier weiter in Schubladen schmoren und begutachtet werden muss, habe nichts mit der Wahl in Nordrhein-Westfalen am 9. Mai zu tun.

Das kann man glauben oder auch nicht. Die Annahmen der derzeit noch amtierenden schwarz-gelben Landesregierung jedenfalls stehen in krassem Gegensatz zu dem, was der Bericht aufzeigt. Während Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) tapfer an der gegliederten Schule und auch an der Hauptschule festhalten will, machen die Autoren die Risiken dieser Strategie deutlich. Denn die Hauptschule sei die "Achillesferse" der allgemeinbildenden Schulangebote.

Die Schülerrückgänge an den Hauptschulen fallen im Vergleich zum restlichen Land an der Ruhr noch dramatischer aus. Der Bericht rechnet vor, dass die unter besonderer Finanznot leidenden Städte und Gemeinden der Ruhrmetropole einen Überhang von 20,4 Prozent Hauptschulen haben. Das sind 10 Prozent mehr als in Rest-NRW. Der Pott muss dafür einen doppelt so hohen Finanzaufwand als der Rest des Landes betreiben, nur um die Hauptschule zu erhalten - obwohl nur noch wenige in diese Schulform wollen.

Von den Grundschulabgängern im Ruhrgebiet gehen nur 10 Prozent auf die Hauptschule. Der Bericht weist nachdrücklich darauf hin, dass bei dieser Quote eine soziale Problemverdichtung stattfindet, die ein erfolgreiches Lernen quasi nicht mehr möglich macht. Kein Wunder, dass die Forscher in dem noch unveröffentlichten Bericht übereinstimmend feststellen: "Die Metropole Ruhr wird um Strukturreformen im Bildungssystem nicht umhinkommen." Zu den Autoren zählen unter anderen der

Pisa- und Igluforscher Wilfried Boos, die Expertin für Frühpädagogik Lilian Fried (Dortmund), die den Sprachtest für Vorschüler entwickelt hat, und Detlef Müller-Böling von CHE Consult.

Besonders benachteiligt sind Migranten an der Ruhr. Abweichend von der Situation in den Kreisen der Ruhrmetropole ist in den meisten Städten des Ruhrgebiets, wo der Anteil der Migrantenkinder an der Schülerpopulation bis zu 40 Prozent ausmacht, fast jeder zweite Hauptschüler ein Migrant. Insgesamt 15,1 Prozent der Migranten verlassen die Schule ohne Abschluss. Damit ist der Anteil der Schüler mit Zuwanderungsgeschichte an den Schulabgängern mit unzureichender Bildung 2,5-mal so groß wie bei den deutschen Schülern.

Das ist deswegen so bitter, weil die Zahl der Kinder in der Region dramatisch abnimmt. In NRW sinkt die Zahl der 10- bis 16-Jährigen um 20 Prozent, die Teenie-Zahlen schrumpfen in den Städten Bottrop, Hagen, Hamm, Recklinghausen, Wesel und Unna sowie im Ennepe-Ruhr-Kreis um bis zu ein Drittel. Lediglich Mülheim, Dortmund und Essen stehen mit minus 17 Prozent ein wenig besser da.

MATERIAL

Redemanuskript
Tina Jelveh, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

A. Einführung

1. Das Ruhrgebiet braucht eine sozialräumlich koordinierte Aktion für Bildung und Frühförderung!
2. Diese Forderung unterstützen im Rahmen der Initiative Masterplan Bildung Ruhrgebiet die GEW und die Wissenschaft (Institut für Arbeit und Qualifikation, Uni Essen-Duisburg, Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung)
3. Forderung: Gezielte Bildungsförderung von 0 - 10 Jahren in sozialen Brennpunkten. Denn intensive Frühförderung verhindert bei einer Vielzahl von Kindern den Teufelskreis von Anregungsarmut, Motivationsverlust und Perspektivlosigkeit.
4. Je früher benachteiligte Kinder gefördert werden, desto größer ist die Aussicht auf Erfolg und desto billiger wird es für die Gesellschaft: volkswirtschaftlicher Nutzen.
5. Besondere Unterstützung für arme Kommunen: Es kann nicht sein, dass in Städten, wo das meiste Geld für Bildung und Betreuung gebraucht wird, es dort am meisten fehlt!
6. Bildung ist eine Zukunftsinvestition in die Region Ruhr, Bildung und Forschung als nächste und einzig vorhandene Ressource des Ruhrgebiets.
7. Ziel: eine inter- und überkommunal Bildungskooperation
8. Steuerungsinstanz für Bildung

B. Warum Bildung

1. Bildung ist notwendig für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung einer Region!
2. Bildung als Basis für die Zukunftsfähigkeit einer Region. Weichenstellung.
3. Bildung = kulturelles Kapital, Bildung als Aufstieginstrument für ökonomischen Wohlstand und der Selbstverwirklichung

C. Ist-Lage / Probleme

1. NRW ist bundesweit Schlusslicht beim Ausbau der Betreuungsplätze für U3
2. Bildungserfolg ist in Deutschland noch von der sozialen Herkunft abhängig. Bildungsarmut wird vererbt.
3. Demographischer Wandel: Im Ruhrgebiet werden mehr alte Menschen Leben, weniger Kinder und diese wachsen zu einem großen Teil in benachteiligten Umständen auf.
4. Zahl der Förderbedürftigen Kinder (Delfin4) liegt im Ruhrgebietsdurchschnitt bei 33%. Geld zur Verfügung stellen, damit Kinder erst gar nicht förderbedürftig werden: Prävention.
5. Es gibt einige gute Projekte, die leider unterfinanziert sind.
6. Kinderarmut: Deutschland 16,4% / RVR 24,1 (17,9% NRW)
7. U3 Betreuung: Deutschland 12,3% /RVR 4,4% (5,3 % NRW)
8. Dilemma: Studien sagen: höchste Bildungserträge, wenn frühkindliche Bildung stattfindet, aber bei uns liegen Vorschul-, Primarbildung und Bildung für Sek I Bereich deutlich unter dem OECD -Durchschnitt.

D. Bildungsregion Ruhr 2018

1. Modell: für systematische Weiternetwicklung des Bildungssystems in industriell geprägten Räumen.
2. Aufgaben: Koordinierung der Zusammenarbeit in der Region, Basis der Koordinierungsstelle „Bildungsregion Ruhe“, Vereinbarungen mit Land, Institutionen, der Wirtschaft und Institutionen.
3. Beteiligte: NRW Ministerien (Schule und Weiterbildung, Sommer; Arbeit, Gesundheit und Soziales, Laumann; Generationen, Frauen, Familie und Integration, Laschet; Inneres, Wolf), Städte und Kreise, kommunale Spitzenverbände, freie Träger, der KiTas, Lehrerverbände und Gewerkschaften, Bildungsforum Ruhr, IHKn und Wirtschaftsförderung Metropole Ruhr GmbH.
4. Projekte: Pädagogische und organisatorische Zusammenführung von KiTa und Grundschule auf Antrag der Schulträger. Flächendeckender Ausbau der Ganztagsschule in allen Schulformen, Berufsvorbereitung an Schulen/ Patenschaften von Unternehmen. Fachkräftemangel/ Zukunftsvertrag Ausbildung.

Erhalt der Berufskollegs und Ausbildungsplätze im Verbund der Kohlewirtschaft. Masterplan „Lebenslanges Lernen“. Internationale Schulen. Erweiterung der Handlungsmöglichkeiten in den Kommunen.

E. Grüne Bildungspositionen

1. Bessere KiTas, keine Auslese-Schule, keine Studiengebühren
2. Gute Bildung als entscheidender Baustein für Chancengleichheit, -gerechtigkeit, Demokratie, sozialen Zusammenhalt, für die persönliche Zukunft und die Zukunft des Landes
3. Bildung als Lernen ein ganzes Leben lang
4. Recht auf Bildung für Alle! Das Ruhrgebiet braucht Talente, damit die Region wirtschaftlich und gesellschaftlich stärker wird
5. Bessere KiTas mit hoch qualifiziertem Personal
6. Leistungsstarke Schulen, mit einer neuen Lernkultur, keine soziale Selektion mehr
7. Mehr junge Menschen, die studieren. Ein Studium darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen
8. Ausgaben für Bildung durch einen Bildungssoli auf internationales Niveau anheben
9. Bildung von Anfang an: Investitionen in frühkindliche Bildung zahlen sich erwiesenermaßen aus.
10. KiTas können Fehlentwicklungen in den Familien ausgleichen
11. Alle Kinder sollen ein KiTa - Angebot nutzen.
12. Sozial gerecht von Anfang an: Problem: Unser Bildungssystem fördert gerade Kinder aus bildungsfernen Schichten zu wenig. Deshalb brauchen KiTas in sozialen Brennpunkten mehr finanzielle Zuschüsse. Aber auch eine intensive Elternarbeit ist wichtig, um die Erziehungskompetenz der Eltern zu stärken.
13. Es darf nicht angehen, dass es für Eltern finanzielle Hinderungsgründe gibt, ihre Kinder in die KiTa zu schicken.
14. Forderung: kostenloses Mittagessen!
15. Sprachförderung: Sprachprobleme sind nicht nur ein Migrantenproblem, sondern

haben auch viel mit der sozialen Herkunft der Kinder zu tun. Vorschulische Sprachförderung notwendig!

16. Ungerechtigkeit, wenn Eltern je nach Wohnort unterschiedliche Elternbeiträge bezahlen müssen! (Düsseldorf vs. Ruhrgebietskommunen, die die Beiträge im Moment anheben)
17. Schule: Fordern ein gerechtes und leistungsförderndes Schulsystem.
18. Neue Schulreform: Gemeinsames Lernen bis zum Ende der Pflichtschulzeit.
19. Ganztagsschulen stärken: Schule als Lern- und Lebensort!
20. Voneinander und Miteinander lernen: Verschiedenheit als normal anerkennen.
21. Auslese-Prozess mit 8-10 Jahren alten Kindern stoppen
22. Die gemeinsame Schule für alle Kinder: Es ist ungerecht und unverantwortlich, dass Kinder im Alter von 10 Jahren so sortiert werden, das dadurch über ihren späteren Lebensweg entschieden wird.
23. „Es gibt keine wissenschaftlichen Argumente für unser dreigliedriges Schulsystem“. Elsbeth Stern, Bildungsforscherin.
24. Keine überholten Ideologien verbreiten und Ängste schüren mit falschen Begrifflichkeiten (Einheitsschule); Länder mit einem integrativen Schulsystem schneiden im internationalen Vergleich stets besser ab!
25. Keinen Schulkampf, Schulen vor Ort sollen wachsen und zu Schulen für alle Kinder werden: keine neuen Schulen werden gegründet, sondern es werden die bestehenden Schulen genommen und für alle Bildungsgänge geöffnet.
26. Die guten Schüler werden weiterhin gefördert, aber auch die schwachen Schüler, jedes Kind braucht eine individuelle Förderung, Schüler lernen voneinander! Jedes Kind soll seine Leistungspotenziale ausschöpfen können!

Podiumsfragen an Tina Jelveh

Gründe für meinen persönlichen Bildungserfolg

Mein persönlicher Bildungserfolg hat viel mit meiner Lebensbiographie zu tun. Besondere Situation im Vergleich zu den anderen Personen auf dem Podium. Mit 8 Jahren nach Deutschland gekommen und neu angefangen die deutsche Sprache zu lernen. Meine Eltern haben mich beim Erwerb der Sprache unterstützt, obwohl sie selbst die dt. Sprache nicht beherrschten. Aber die wichtigste Entscheidung für meinen jetzigen Bildungserfolg wurde in der 4. Klasse getroffen. Indem sich meine Eltern konsequent – gegen meinen Willen und den meiner Klassenlehrerin- eingesetzt haben, dass ich das Gymnasium besuche. Mit einer Schulempfehlung für das Gymnasium im Konjunktiv – und damit war ich auch die einzige von 8 Schülern, die keine direkte Schulempfehlung für das Gymnasium hatte. Eine sukzessive Verbesserung der schulischen Leistung hat bei mir statt gefunden.

Was brauchen beteiligte Kinder im Ruhrgebiet zur besseren Bildung?

- Stabiles, nahtloses Bildungssystem, in dem Frühförderung eine wichtige Rolle spielt.
- Schule muss ggf. Aufgaben leisten, die die Eltern nicht erbringen können.

Wie könnte man Bildungsinvestitionen finanzieren?

- Der Forderung der GEW NRW und der AG Bildungsoffensive ist 1 Mrd. Euro für den Aufbau einer Bildungskette 0 - 10 Jahre. Die Grüne Landtagsfraktion schlägt vor, den Ost-Soli zum Bildungssoli zu machen.
- Der Bildungssoli: 23 Mrd. Bundesebene p. a., ¼ für NRW = 6 Mrd. p. a.. Von diesem Geld sollen finanziert werden: Frühkindliche Bildung, Ganztag, Abschaffung der Studiengebühren, Ausweitung der U3 Betreuung!
- Schülerrückgang: Rahmenbedingungen weiter verbessern, Ressourcen sichern
- Kommunen in finanzielle Notlage brauchen Hilfe von der Landesregierung. Der Fokus der Finanzierung soll auf Basis einen Sozial-Index erfolgen, weil es eine Notwendigkeit ist in sozialen Brennpunkten Ressourcen bereitzustellen. Dadurch

kann eine größere Spaltung der Kommunen in Arm /Reich gestoppt werden.

Vision

- Kohleregion Ruhr wird zur Bildungsregion Ruhr
- Umbau des Bildungswesens hinbekommen, inklusive Schule erreichen, keine gesellschaftliche Spaltung, funktionierender „Bildungskorpus“: Bildungsorgane arbeiten Hand in Hand, Bildungserfolg ist nicht mehr von der sozialen Herkunft abhängig, die kommunalen Finanzlage einer Stadt entscheidet nicht über das Bildungsangebot.

MATERIAL

Redemanuskript
Bärbel Beuermann, DIE LINKE

Es gilt das gesprochene Wort

Kernpunkte

- Prävention muß zentrale staatliche Aufgabe werden.
- Finanzpolitik muß dafür deutlich mehr einsetzen als den OECD-Durchschnitt.
- Überwindung der hohen Selektivität des Bildungssystems

Kurzes Statement

Was brauchen benachteiligte Kinder im Ruhrgebiet zur besseren Bildung vor allem?

Kinder mit den schlechtesten Bildungschancen brauchen beste Unterstützung durch ein Gesamtkonzept, wie es von Frau Dr. Stöbe-Blossey überzeugend vorgestellt wurde.

4 Stichpunkte zu

Was brauchen benachteiligte Kinder:

1. Die „Förderkette von null bis zehn“ im Stadtteil ist personalintensiv und kostet zunächst viel Geld.
2. Das Bildungssystem in unserem industriell geprägten Ballungsraum wird nur zukunftsfähig, wenn die Ressourcenfrage gelöst ist. Ich nenne nur ein Beispiel von vielen: Personal für kleine Gruppen.
3. Benachteiligte Kinder brauchen ruhrgebietsübergreifend die Bereitschaft der Städte, den Begriff „Bildungsoffensive Ruhrgebiet“ mit Leben zu füllen – politisch und organisatorisch.
4. All die Kevins und Ayses brauchen den großen Zukunftsentwurf: Die Umsetzung der grundgesetzlichen Formulierung von der "Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet" (Art. 72 Abs. 2 GG).

Podiumsfragen an Bärbel Beuermann

- Was ist bis 2018 Ihr politisches Bildungsziel für Kinder zwischen 0 und 18 Jahren?
- Was wollen Sie tun, um dies zu erreichen?

Ich beziehe mich bei meinen Ausführungen insbesondere auf die Frage unserer Veranstalter: „Was ist zu tun angesichts der demografischen Entwicklung und angesichts der katastrophalen finanziellen Situation der Städte?“

Ich möchte mich auf den Zeitraum 0 - 10 konzentrieren können. Schon das ist ein weites Feld.

Bei Gesprächen mit Beschäftigten des Bildungsbereichs höre ich regelmäßig:

Wir wissen, was wir für die Kinder tun wollen und haben dafür auch Konzepte. Aber es fehlt das Geld, dieses Konzept voll zur Entfaltung zu bringen. Es ist politisches Ziel der Partei DIE LINKE, dieses Engagement zu unterstützen. Wir kämpfen für eine öffentliche Bildungsfinanzierung von 7 % des Brutto-Inlandsprodukts. (2009 = 2,5 Bill. Euro)

Wir brauchen ein föderal abgestimmtes Gesamtkonzept gegen Bildungsbenachteiligung, statt der uns sattsam bekannten Mangelverwaltung, statt der „Runden Tische“ im Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung.

Es ist viel die Rede von einer BAD BANK, um Haushalte zu entschulden, Kassenkredite mit Zinsen und Tilgungen abzulagern. Aber meine Damen und Herren, wie wäre es denn mit einer GOOD BANK, die uns ein komplett kostenfreies Bildungssystem finanziert, als Vorraussetzung für eine hochwertige Bildung in der Breite!

Unser politisches und zugleich mein persönliches Ziel ist der Bildungserfolg aller Kinder.

Kinder und Jugendliche dürfen nicht beschämt werden durch Sitzenbleiben oder Abschulen. (Ich selbst arbeite an einer Förderschule)

Mein Ziel ist eine über dem OECD-Durchschnitt liegende Finanzierung von anspruchsvoller Frühförderung. (1% als OECD-Empfehlung)

Nur so können Familienzentren finanziert werden, die den höchsten Ansprüchen gerecht werden, wie Logopädie und Ergotherapie, kann U3- Betreuung entsprechend der Bedarfe, können höhere Erzieherinnengehälter finanziert werden.

Nach Berechnungen der GEW NRW zum mittelfristigen Finanzbedarf muss das Land seinen gegenwärtigen Gesamt-Bildungsetat von knapp 20 Milliarden Euro auf mindestens 23 bis 24 Milliarden Euro erhöhen.

Wie lässt sich die Schere zwischen wegbrechenden Einnahmen und sich auftürmenden Aufgaben schließen? Ich verweise hier auf die aktuellen Vorschläge der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftpolitik: „Gegen den Finanzkollaps: Sofortprogramm für die Kommunen“.

Frühe Förderung ist unstrittig das effektivste Mittel für Chancengerechtigkeit. Wir können das den Unterlagen, die uns die GEW zur Verfügung gestellt hat, entnehmen.

Wir haben keinen Mangel an Ideen, Bildungsbenachteiligung zu überwinden - uns fehlt das Geld, sie umzusetzen! Die Förderkette „Monheim für Kinder“ der AWO Niederrhein zum Beispiel hat 2004 den Deutschen Präventionspreis erhalten, wurde von der OECD gelobt. So etwas ist flächendeckend umzusetzen, überall da in den Städten, wo sich die Teufelskreise der Benachteiligung immer häufiger drehen.

Aber arme Kinder, denen eine Förderkette von 0 - 10 auf den Leib geschrieben wäre, verbleiben in einem biografischen Teufelskreis, weil ihre Heimatstadt in einem finanziellen Teufelskreis steckt.

Es ist die Rede vom „Kollaps der Städte“, „Städte bluten aus“: „Kollaps“, Ausbluten“ – Sind wir denn auf der Intensivstation?

Ich habe ein Bild der Städte vor Augen als röchelndes Gebilde mit Schläuchen in den Adern. Und vom dem wird nun eine Grundsanierung des Bildungssystems erwartet?

Eine präventive Ausrichtung der Kinder- und Jugendhilfe und des Bildungssystems ist unter diesen Bedingungen nicht machbar.

Was muss passieren?

DIE LINKE.NRW fordert ein Maßnahmenbündel gegen Kinder- und Bildungsarmut. Symptome und Ursachen müssen durch landespolitische Instrumente und

bundes(rats-)politische Initiativen nachhaltig und an der Wurzel bekämpft werden.

Ich weise auch auf das Memorandum Kinderarmut hin. Dort finden wir: Wir fordern ein abgestimmtes Bildungs-, Finanzierungs- und Sozialstaatskonzept. Wir fordern zunächst einmal die Umsetzung der finanziellen Zusagen des Bildungsgipfels 2008 – damals, vor der so genannten Finanzkrise. Es wurden bis zu 60 Milliarden Euro jährlich zusätzlich genannt, als Grundlage für Frau Merkels „Bildungsrepublik Deutschland“. Ministerin Schavan führte dann als Ersatz für die Bildungsrepublik Anfang Februar einen neuen Begriff ein: „Wir müssen das Jahrzehnt begreifen als Dekade der Bildung und Forschung.

Bleibt das wieder nur Wortgeklingel?

Nehmen wir die Bundesregierung beim Wort: Mehr Geld, das ist die Voraussetzung, das Konnexitätsprinzip ist anzuwenden: „Wer bestellt, der soll auch bezahlen“.

- die Einführung der Ganztagsschule mit hohem pädagogischen Standard
- die U-3 Betreuung ab 2013
- Gehaltserhöhungen bei den Erzieherinnen
- und vieles mehr, dass Sie, meine Damen und Herren, aus Ihrem beruflichem Alltag nur zu gut als unterfinanziert kennen gelernt haben.

Wer bestellt, soll auch bezahlen. Besonders das Ruhrgebiet und das Bergische Land sind darauf angewiesen. Bekanntermaßen haben sich hier 19 Städte zu einem „Städtebündnis gegen Überschuldung – Wege aus der Finanzkrise“ zusammengeschlossen.

Zurück zu den Kindern:

Wir wissen, WO die Kinder stehen.

Wir wissen, WAS getan werden muss.

Wir wissen auch, WAS es kostet.

Meine Damen und Herren, die „Bildungsoffensive Ruhrgebiet: Mehr Bildung durch Frühförderung“ kann nur gelingen, wenn „unser Pott“ mit seinen zahlreichen benachteiligten Kindern finanziell durch eine wirkliche „Bildungsrepublik Deutschland“ getragen wird.